Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt", „Heimatvolk und Heimatflur" und die achtseitige illustrierte Beilage „Schau ins Land". Der Bezugspreis beträgt halbmonatlich — einschließlich Beilagen — 1 Reichsmark.

Anzeigenpreis — Zahlung bei Aufgabe — für die 34 m/m breite Colonelzeile 25 Goldpfennig, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 30 Goldpfennig.* — Reklamezeile 1 Goldmark. Anzeigen erbeten bis 5½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstr. 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800. Fernsprecher 53

Nr. 9 | Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab. | Mittwoch, 13. Januar 1926 (Gottfried) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß | 53. Jahrgang

Das Ende einer Tragikomödie.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 13. Jan. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist vom 15. Dezember 1925 bis 1. Januar 1926 von 1 060 397 auf 1 485 931 gestiegen. Die Zahl der unterstützten männlichen Erwerbslosen beträgt 1 325 052, die Zahl der weiblichen 160 879. Die Steigerung beträgt etwas über 40 Prozent.

Berlin, 13. Jan. Die schweizerische Delegation für die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen ist gestern vormittag in Berlin eingetroffen und wurde Nachmittags von Reichsminister Dr. Stresemann empfangen.

Berlin, 13. Jan. Es ist noch ungewiß, wann der englische Botschafter d'Abernon seinen Posten verläßt. Es wird angenommen, daß er abwarten wird, bis sich die politische Lage in Deutschland weiter geklärt hat.

Paris, 13. Jan. Herriot wurde in der heutigen Eröffnungssitzung der Kammer mit 300 von 324 Stimmen wieder zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Warschau, 12. Jan. Ueber die Rückkehr des Marschalls Pilsudski zum aktiven Herresdienst ist in der gestrigen Sitzung des politischen Komitees des Ministerrats kein Beschluß gefaßt worden.

Die Sozialdemokraten lehnen ab.

Was zu erwarten war.

Berlin, 12. Jan. Aus der Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages wird offiziell bekannt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition Forderungen aufgestellt. Sie hat durch ihren Beschluß vom 16. Dezember feststellen müssen, daß infolge mangelnden Entgegenkommens der Deutschen Volkspartei in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abg. Koch-Weser kein Erfolg beschieden war. Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Aenderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es bestehen keine Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist. Die Deutsche Volkspartei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition einen ernsten Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Achtstundentag die Zustimmung versagte, die sich im sozialpolitischen Ausschuß gegen die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erklärte und die in der Frage der jetzt zum offenen Skandal gewordenen Fürstenabfindung die sozialdemokratischen Forderungen zurückwies. Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der großen Koalition keine Grundlage besteht.

*

Diese Entscheidung soll mit großer Mehrheit zustande gekommen sein. Es spricht nicht für die vaterländische Einsicht ihrer Urheber, daß sie der Deutschen Volkspartei ein Verhalten gegenüber der laufenden Gesetzgebung vorwerfen, das gar nichts mit der Bildung einer neuen Regierung zu tun hat. Daß das Zentrum nunmehr entschlossene Konsequenzen zieht und sich nicht länger am Narrenseil herumführen läßt, scheint uns unerläßlich. Es hat keinen Zweck, taktische Betrachtungen anzustellen um nach allen Seiten etwas zu sagen, nunmehr muß die Tat folgen. Es muß nunmehr ein Kabinett von Mitte bis Rechts versucht werden, nachdem es von Mitte bis Links an dem notorischen Parteifanatismus der Sozialdemokratie gescheitert ist.

Mit 87 gegen 33 Stimmen.

Berlin, 13. Jan. Zu dem endgültigen Scheitern der Großen Koalition bemerken die Blätter, daß nunmehr der Beauftragung des bisherigen Reichskanzlers Dr. Luther mit der Kabinettsbildung nichts mehr im Wege stehe. Ueber die Haltung der Deutschnationalen einem von Dr. Luther zu bildenden Kabinett der Mitte, das mit wechselnden Mehrheiten regieren müßte, gegenüber schreibt die „Deutsche Tageszeitung", daß die Sozialdemokraten wenig Verantwortungsbewußtsein gezeigt haben. Beschreite man den Weg zur sachlichen Arbeit zur Wahrnehmung des Volkswohls, dann hätte die Rechte keinen Anlaß zu grundsätzlicher Opposition. Als erste und vornehmste Aufgabe des Kabinetts bezeichnet das genannte Blatt den Versuch, die auf den Nägeln brennende Not einer verfallenden Wirtschaft, wobei das Parteiprestige zu schweigen habe und nur die Rücksicht auf das Allgemeine in Betracht komme, zu beseitigen. Zur Lösung dieser Aufgabe komme nur eine Regierung in Betracht, die von Parteifesseln möglichst wenig beengt sei und gegebenenfalls sogar den Willen und die Kraft habe, diktatorisch vorzugehen.

„Deutsche Zeitung" und „Kreuzzeitung" halten nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, daß die im Lager des Zentrums laut gewordenen Drohungen, über Rückwirkungen der Lage im Reich auf Preußen, in die Tat umgesetzt werden.

Die „Tägliche Rundschau" verwahrt sich gegen den sozialdemokratischen Vorwurf, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei das Scheitern der Großen Koalition verursacht habe. Die ersten Verhandlungen mit der Sozialdemokratie seien nicht an der Volkspartei gescheitert, sondern daran, da sfder Abgeordnete Koch keine Möglichkeit sah, die Programmforderungen der Sozialdemokratie in die von ihm aufgestellten Regierungsrichtlinien aufzunehmen.

In der „Germania" heißt es, daß die Sozialdemokraten in erster Linie für alle Folgen des Nichtzustandekommens einer Mehrheitsregierung haftbar zu machen sei. Zu der Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte durch Dr. Luther sagt das Blatt: Die Rechte betrachtet offenbar eine solche Regierung als Vorläuferin einer Rechtsregierung, und im Geiste sieht sie die leeren Sessel der deutschnationalen Minister schon wieder mit ihren Leuten besetzt. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß das Zentrum der Wegbereiter für eine solche Entwicklung sein könnte. Der Wegbereiter sind eben die Verhältnisse und das Zentrum hat es in der Hand, hier zum allgemeinen Besten zu wirken!)

Das „Berliner Tageblatt" schreibt, die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion habe das Staatsinteresse dem ungeschmälerten Parteibestand geopfert. Die „Vossische Zeitung" teilt mit, daß die Ablehnung mit 87 gegen 33 Stimmen erfolgte.

Eine deutschnationale Aeußerung.

Gelsenkirchen, 12. Jan. Hier sprach nach der Telegraphenunion in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei der Reichstagsabgeordnete Rippel. Nach einem Ueberblick über die gegenwärtige Lage führt er u. a. aus: Die Deutschnationalen wissen, daß positive Arbeit wertvoller ist als die schneidigste Opposition. Die Regierung, an der sie beteiligt waren, ist die erfolgreichste der Nachkriegszeit gewesen. Der Ausmarsch der Deutschnationalen aus der Regierung darf nur eine Episode sein. Allein der Zusammenschluß der positiv eingestellten Parteien zu einer nationalen Notarbeitsgemeinschaft kann uns in länger, zäher Arbeit die nationale Freiheit bringen. Demokratische Illusionspolitik lehnen wir ab. Die Große Koalition hat unsern schärfsten Kamp zu erwarten. Da gwo ni im Kabinett der Mitte abwartend neutral gegenüberstehen. Auf die Dauer aber kann ein Minderheitskabinett die Geschäfte nicht führen. Deshalb wird man über kurz oder lang, dem Zwang der Verhältnisse folgend, die Deutschnationalen wieder in die Regierung zurückrufen müssen. Unser Ziel muß sein: Einheitsfront der nationalen Notarbeitsgemeinschaft aus der Bayrischen und der Deutschen Volkspartei, aus Zentrum und Deutschnationalen.

*

Daß positive Arbeit wertvoller ist als die schneidigste Opposition, ist komisch aus dem Munde einer Partei, die zu Locarno aus der Regierung fluchtartig schied. Die „erfolgreichste" Regierung ist zugleich jene, die von den Deutschnationalen im Stich gelassen und dadurch aufs Trockene gesetzt wurde. Solches Spiel, eine Regierung auszuschiffen, um nachher wieder zum Einsteigen einzuladen, ist auch hier eine „nationale Opposition", deren Aufgaben sich die Deutschnationalen zutrauen, zu verwerfen. Man kann keine nationale Not erzeugen, um hinterher die nationale Notgemeinschaft herbeizuführen. Die Deutschnationalen werden also schon deutlicher werden und sagen müssen, ob sie nunmehr auf dem Boden der durch die Beschlüsse des letzten Kabinetts zu treten bereit sind.

Eine Kabinettsliste Luthers?

Berlin, 13. Jan. Man konnte gestern im Parlament schon Mutmaßungen über das künftige Kabinett hören. Die bisherigen Minister Luthers würden verbleiben und von den freien Ministerien übernehmen: das Innenministerium Koch (Dem.), das Finanzministerium Dr. Reinhold (Dem.), jetzt sächsischer Finanzminister, das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete Abg. Marx (Zentrum), das Reichswirtschaftsministerium Abg. Lammers, (Zentrum) Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Die Fürstenabfindung.

Ein Skandal im Falle Mecklenburg.

Berlin, 12 Jan. Im Rechtsausschuß des Reichstages gab ein Vertreter des preußischen Finanzministeriums Aufschluß über die Fürstenabfindung. Die schmalkaldischen Forsten wurden nach 1866 vom preußischen König dem Herzug von Koburg-Goda als Dank für die Waffenhülfe geschenkt. Der Landtag beschloß damals, das könne ohne seine Zustimmung geschehen. Die Schenkung ist also rechtsgültig.

Der bayerische Regierungsvertreter lehnt eine reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung als Eingriff in die Rechte der Länder ab. Bayern habe 1923 mit den Wittelbachern einen Vergleich geschlossen dieser sei vom Landtag genehmigt, ein Aufwertungsantrag nicht gestellt worden.

Abg. Dr. Everling (Dn.) fragt, ob eine reichsgesetzliche Regelung, nachdem Bayern und Sachsen sie nicht wünschten und auch Preußen einen Vergleich abgeschlossen habe, nicht unnötig sei.

Zur Auseinandersetzung in Mecklenburg-Strelitz ließ der Vertreter der mecklenburgischen Regierung auf die besonderen Schwierigkeiten hin, daß nach dem Selbstmord des letzten Herzogs der nächste Berechtigte der russische Herzog Karl Michael sei. Er hatte gegen eine Abfindung von 5 Millionen Mark auf alle Rechte verzichtet. Das war im Jahre 1920. Im ganzen hat die großherzogliche Familie als Abfindung etwa 30 Millionen und 10 Morgen wertvollsten Grundbesitzes im Betrage von vier Goldmillionen erhalten.

Dazu ist der Familie der Besitz der wertvollsten Schlösser und Silberschätze geblieben. Obwohl der Staat der Familie über die ersten rechtsgültigen Verträge hinaus weit engegengekommen war, hat neuerdings die großherzogliche Familie neue Ansprüche gestellt. Sie verlangt rund 5,2 Mill. Mark mehr. Die frühere Kronprinzessin Jutta von Montenegro verlangt u. a. zu den bereits erhaltenen 8 Millionen 1 weitere Million. Der Vertreter der großherzoglichen Familie hat es für richtig gehalten, ein Schiedsgericht anzurufen zur Entscheidung über die Ansprüche, die jetzt von zwei Mätressen früherer Großherzöge gestellt werden. Daneben hat er gerichtliche Klage eingeleitet. Ein Berliner Gericht hat bereits zugunsten einer dieser Damen entschieden ,wenn es ihr statt der geforderten Jahresrente von 20 000 Mk. auch nur 6000 Mk. zugebilligt hat.

Eine reichsgesetzliche Regelung ist unbedingt erforderlich. Für den Staat ist es unerträglich, wenn nach der Auseinandersetzung immer neue erhebliche Ansprüche gegen den Staat geltend gemacht werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (S.) unterstreicht das sehr weitgehende Entgegenkommen Mecklenburgs.

Der Redner fragt, ob es richtig sei, daß die eine Mätresse fünf Goldmillionen verlangt als Gegenleistung für die Herausgabe gewisser kompromittierender Briefe des Großherzogs?

Abg. Everling betont, die Mätressengeschichte sei allen Parteien gleich widerwärtig. Er frage, welchen Wert die dem Staat überlassenen Domanialgüter hätten.

Der mecklenburgische Vertreter Minister Hustedt antwortet, bei der jetzigen Aussetzung handle es sich nur um die Entschädigung der übrigen meist weiblichen Erebn. Der Minister bestätigt die ungeheuerliche Tatsache, das diese großherzogliche Familie Einzahlung der Beträge ausgerechnet bei der Bank von England beantragt habe.

In Baden ist zwar ein Vergleich erfolgt aber im Laufe von 1924 eine Aufwertung beantragt worden. Die Verhandlungen werden zu einer freien Vereinbarung führen. Zur Lage in Braunschweig erklärte Abg. Hampe, daß das Haus Cumberland in sehr schlechte Vermögensverhältnisse geraten sei. Der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld meint, der Reichstag laufe Gefahr, zu spät zu kommen. Man erfahre das der Herzog von Koburg, dem eben vom Reichsgericht die wertvollsten Forsten zugesprochen seien, eine große ausländische Anleihe aufnehmen und die Ländereien belaste.

Schützt den Kölner Dom vor Zerfall!

Berlin, 12. Jan. Nach der K. V. hat nunmehr die Preußische Landtagsfraktion des Zentrums eine Anfrage an die Regierung über baulichen Stand, die staatlichen Unterhaltungszuschüsse und eine staatliche Aktion zugunsten der Renovierungsarbeiten des Kölner Doms gerichtet.

Rücktritt Matajas in Oesterreich.

Wien, 12. Jan. Außenminister Mataja soll im heutigen Ministerrat, seine Absicht, zurückzutreten, dargetan haben. Man sagt bereits, daß der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel wieder in Frage komme.

Will Frankreich seinen Trabanten über das Saargebiet setzen.

Saarbrücken, 12. Jan. Wie aus Paris gemeldet wird, soll in Ententekreisen die Absicht bestehen, als Nachfolger des im März aus der Regierungskommission des Saargebietes ausscheidenden französischen Präsidenten Rault den Tschechoslowaken Dr. Veszensky in Vorschlag zu bringen.

Ein Vertreter der Tschechoslowakei ist kein Neutraler. Als Kultus- und Justizminister im Saargebiet hat Dr. Veszensky unter schärfster Verletzung seiner Neutralität die erhebende saarländische Jahrtausendfeier rücksichtslos bekämpft. Seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat wäre ein schwerer Mißgriff der Völkerbundpolitik. Deutschland kann sich mit dieser seltsamen Betätigung des „Geistes von Locarno" nicht einverstanden erklären.

Die Türkei und Deutschland.

Berlin, 12. Jan. Die Türkei hat ab 4. Jan. für die Staaten, mit denen sie kein Handelsabkommen hat, den Zollkoeffizient von 5 auf 7 erhöht. Das tut sie auch Deutschland gegenüber, obwohl dieses ein vorläufiges Abkommen mit der Türkei hat. Der deutsche Botschafter hat Vorstellungen unternommen.

Der Führer des Deutschtums in Südtirol verhaftet.

München, 12. Jan. Der Führer des Deutschtums im Unterland, Rechtsanwalt Joseph Noldin in Salurn, wird, wie aus Innsbruck gemeldet wird, schon seit geraumer Zeit von den Behörden und Fascisten verfolgt, weil er inbezug auf den deutschen Privatunterricht sich auf den gesetzlichen Standpunkt stellt, daß dieser Unterricht erlaubt sei.

Am 19. Dez mber wurde Dr. Noldin in die Karabinierikaserne geladen, um sich wegen einer Sammlung für eine Christbaumfeier zu äußern. Unter an erem wurde er gefragt, ob er mit dem fascistischen Regime in Südtirol einverstanden sei und ob er Irredentist sei. Nach fünfstündiger Vernehmung wurde Dr. Noldin verhaftet und nach Trient gebracht. Am 12. Januar ist eine Verhandlung gegen ihn anberaumt. Das Gesuch um Bewilligung der vorläufigen Freiheit wurde abgewies .

Wer hat noch Neigung, italienische statt spanische Apfelsinen zu essen?

Die Wahlen in Syrien.

Paris, 12. Jan. Havas berichtet über die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Syrien aus Beirut, außer in Hame, wo die Extremisten einen völligen Wahlstreik proklamiert haben, nahmen die Wahlen einen normalen Verlauf. In Aleppo habe man bereits 6000 Stimmen abgegeben gehabt, als eine terroristische Gruppe in das Wahllokal eindrang, um die Wähler an der Ausübung ihres Stimmrechtes zu verhindern. In Damaskus haben wegen der unruhigen Lage bisher keine Wahlen stattgefunden.

Geht's wieder los in China?

Neuer Vormarsch Litschinglins?

Tientsin, 12. Jan. General Litschinglin, Anhänger Tschangtsolins, der kurz vor Weihnachten von General Feng geschlagen wurde, hat eine neue Armee von 40000 Mann gebildet, mit der er in Anmarsch auf die nur 70 Meilen südlich von Tientsin liegende Stadt Tsangtschau ist.

Keine Beteiligung der französischen Sozialisten an der Regierung.

Paris, 12. Jan. - Der sozialistische Parteitag wurde heute Nacht 1½ Uhr geschlossen. Der Antrag Faure gegen die Beteiligung an der Regierung wurde mit 1766 gegen 1331 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Kleine Nachrichten.

Ein Faszist als Bonner Dozent?

Bonn, 12. Jan. In einer von der Deutschvölkischen Freiheitspartei an den preußischen Landtag gerichteten Kleinen Anfrage wird gefordert, daß die Anstellung des als Faszisten bekannten Dr. Bertholdi als Lehrer der italienischen Sprache an der Universität Bonn rückgängig gemacht wird. Dr. Bertholdi sei in der Bekämpfung des Deutschtums in Südtirol besonders aktiv tätig gewesen.

Das Handwerk gegen den Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues.

Berlin, 13. Jan. Der Reichsverband des deutschen Handwerks faßte auf seiner gestern in Berlin stattgefundenen Vollversammlung eine Entschließung in der es u. a. heißt:

Der Reichsverband hat durch Beschluß vom 25. November 1925 bewiesen, daß er hinsichtlich des Preisabbaus bis an die Grenze der Möglichkeit gehen wollte. Auswüchse im Verdingungswesen sind lediglich eine Folge des Gesamtsystems. Die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Ringbildung werden als vollständig einseitig und praktisch undurchführbar abgelehnt. An der bestehenden Teuerung ist die Regierung infolge ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit verantwortlich. Sie darf die Verantwortung nicht auf die Wirtschaft oder auf einzelne Berufsstände abwälzen.

Der Reichsverband erhebt stärksten Protest gegen die im Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues enthaltenen Grundbestimmungen gegen das Handwerk und fordert als Voraussetzung für eine wirkliche Gesundung sparsamste Finanzwirtschaft, Steuermilderungen und Unterlassung jeglicher Steuerüberschußpolitik, eine gesunde Kreditpolitik, Berücksichtigung der Notlage der Wirtschaft, Herabsetzung der Verwaltungsgebühren, Gerichtskosten, Eisenbahn- und Posttarife.

Falsche Noten.

Düsseldorf, 12. Jan. Hier wurde dieser Tage der Student Paul Weier aus Dresden verhaftet, nachdem er sich dadurch verdächtig gemacht hatte, daß er in Geschäften eine Kleinigkeit kaufte und dabei mit 20-Markscheinen bezahlte. Der Täter wurde von einem Polizeibeamten überwältigt, wobei sein Revolver losging und den Beamten im Oberschenkel verletzte. Mit Hülfe von Zivilpersonen wurde er überwältigt. Nach seinem Geständnis wurde in Paderborn der Schlosser Paul Mathes verhaftet. Beide stammen aus Dresden und haben dort die Scheine geschickt gefälscht. In Düsseldorf sind schon 50 falsche Noten ausgegeben worden

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 13. Januar 1926

Notgemeinschaft der kath. Vereine Neuß. Alle Vertrauensleute und Mitarbeiter werden gebeten, zu der heute Abend im Marienhause, Kapitelstraße stattfindenden Besprechung restlos zu erscheinen. An alle Katholiken, soweit sie bereit sind, sich in den Dienst der Caritas zu stellen, ergeht der Ruf zur regen Teilnahme.

Bühnenvolksbund. Nochmals sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder der B.-V.-B.-Theatergemeinde zur Aufführung von Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung" am morgigen Donnerstag bei Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte an der Abendkasse eine Preisermäßigung von 20 Prozent erhalten.

Unser Museum. In der heutigen Sitzung der Museumskommission wird es sich, wie wir hören, um Beschlüsse handeln, die für unser Museum von weittragender Bedeutung sind. Es wird in diesem Zusammenhange auf die Notwendigkeit eines Heimat- und Museumsvereins erneut hinzuweisen sein, den wir wiederholt empfahlen. Angebracht ist dringend, daß auch in Zukunft der spezifisch lokale Charakter des Museums gewahrt bleibe. Das Neußer Museum, als Schaustück einer historischen, an Funden noch unermeßlichen Stadt wird sich nur in der Linie des Historischen weiterentwickeln. Hier harrt unserer Stadtväter und der Verwaltung eine Verantwortung, die nicht gering ist. Wir sind überzeugt, daß sie den urkundlichen Wert unseres Neußer Museums pfleglich steigern. Auch das Bedürfnis nach einem Führer durch das Museum ist dringend geworden. Er wird den Besuch sicher fördern.

Die Ausgrabungen des römischen Staatsbaues in Grimlinghauser Brücke haben das Interesse des hervorragendsten Kenner auf dem hier in Anbetracht kommenden Gebiete der Altertumswissenschaft gewonnen. Zuerst war hier der durch seine italienischen, griechischen und durch die Aufdeckung des römisch-germanischen Grenzschutzes in Deutschland bekannte Professor Dr. Drexel in dessen Eigenschaft als Direktor der römisch-germanischen Abteilung des deutschen archäologischen Instituts in Berlin, in Rom und in Athen. Sodann erschien der Erlanger Universitätsprofessor für alte Geschichte, Geheimer Regierungsrat Dr. Schulten, der gemeinsam mit Dr. Koenen Spanien und Portugal archäologisch bereist und die keltiberische Stadt Numantia sowie die sieben republikanisch-römischen Kriegslager erforscht hat. Schulten und Koenen wurden damals vom König zum Nationalfestessen eingeladen und zu Mitgliedern der königlichen Akademie für Geschichte ernannt. Jetzt ist Geheimrat Schulten wieder mit der Erforschung des südspanischen Kulturstaates Tartessos, des Tarschisch der Bibel beschäftigt. Zuletzt traf hier ein, im Auftrage des Direktors vom Rheinischen Provinzialmuseum, der jetzige Direktorialassistent genannter Anstalt, Professor Dr. Oelmann. Dieser hervorragende Gelehrte ist wohl der beste Kenner römischer Staats- und Privatbauten. Alle diese Fachmänner zeigten für die Sache das größte Interesse und hoben hervor, daß ein solcher bisher noch nirgendwo erforschter römischer Kolossalbau unbedingt in seiner ganzen Ausdehnung von oben her aufgedeckt und aufgenommen werden müsse. Die Grundrißzeichnung und eine Rekonstruktion, im Museum ausgestellt, werde so recht die große Bedeutung von Novaesium in einer Weise veranschaulichen, die der Stadt alle Ehre bereite.

Für den ausgefallenen Musikabend, an welchem Schönbergs „Pierrot Lunaire" zur Aufführung kommen sollte, ist jetzt vollwertiger Ersatz beschafft worden. Am Samstag, den 16. Januar, abends 7½ Uhr wird das 5. städt. Abonnementskonzert im Zeughaussaale unter Leitung des bekannten Kapellmeisters und Komponisten Hanns W. David-Düsseldorf, Werke zeitgenössischer Komponisten für Kammerorchester bringen. Mitwirkende sind Anna Ibald (Düsseldorf) Gesang, das Rohlfs-Zoll-Quartett, die Bläservereinigung des städt. Orchesters Düsseldorf, Wolfdieter Meinardus, Düsseldorf (Klavier).

Das Programm bringt Rudi Stephan: „Musik für sieben Saiteninstrumente", Paul Hindemith: „Die junge Magd", op. 23 Nr. 2 für Altstimme, Flöte, Klarinette und Streichquartett mit Gedichten von Georg Trakl, und Arnold Schönbergs Kammersinfonie op. 9 für 15 Solinstrumente (zum erstenmal). Also eine ganz moderne Vortragsfolge mit teilweise hier noch unbekannten Namen. Rudi Stephan wurde am 29. Juli 1887 zu Worms als Sohn rheinischer Bauern geboren. Seine Jugend war ein Kampf um die Musik als Lebensberuf. Seine musikalische Lehrzeit führte ihn zu Bernhard Sekles (Frankfurt) und später zu Rudolf Louis nach München. Neben Kompositionsstunden gingen pianistische bei Prof. Heinr. Schwartz und philosophische an der Universität in München. Im Jahre 1908 — 22 jährig — glaubte er sich der „Schulung" entwachsen und begann mit dem Ausbau seiner kompositorischen Begabung. Wenige Jahre nur hielten Rudi Stephan vom Schicksal zum Schaffen bestimmt. Der Weltkrieg riß auch ihn aus seiner Arbeit und brachte ihm den Tod, ehe das Höchste erreicht war. Im März 1915 Soldat geworden, rückte er Mitte September zum galizischen Kriegsschauplatz aus, wo er bereits am 29. September bei Tarnopol als einziger seiner Truppe von einer feindlichen Kugel dahingerafft wurde. Es ist nicht viel an abgeschlossenen Werken, was der 28 jährige der Welt hinterlassen hat, wohl aber außerordentlich Bedeutendes. Diese Werke sind keine sogenannten Anfänger- oder Jugendwerke. Ein neues eigenes Können und ein eigener Weg spricht aus ihnen. Die Musik für sieben Streichinstrumente (Streichquartett, Harfe und Klavier), die in Neuß erstmalig zur Aufführung kommt, gibt uns schon eine deutliche Vorstellung von dem, was Rudi Stephan wollte. Das Werk (1911 komponiert) erfuhr bei seiner Uraufführung auf dem Danziger Tonkünstlerfest 1912 eine begeisterte Aufnahme und gehört mit zu dem Besten, was Rudi Stephan hinterlassen hat. Es ist die älteste selbständige Instrumentalschöpfung des jungen Künstlers, der leider viel zu früh aus dem Kreis der Lebenden abberufen wurde.

Wer an einem der früheren Musik-Abende Hindemiths Streichquartett gehört hat, wird auf die Aufführung der Lieder „Der jungen Magd", wohl eines seiner stärksten Werke, gespannt sein. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Kunst Hindemiths lassen sich noch nicht voraussehen, denn der Komponist hat erst kaum 30 Lebensjahre zurückgelegt. Am 16. November 1895 wurde er zu Hanau geboren. In einfachen Verhältnissen aufwachsend, beginnt er bereits im 11. Jahre mit den Musikstudien, besonders im Violinspiel, gelangt er schon früh zur Virtuosität, so daß er im Alter von 20 Jahren zum 1. Konzertmeister des Opernhaus-Orchesters in Frankfurt a. M. ernannt wurde. Seine Kompositionslehrer waren Arnold Mendelssohn in Darmstadt und Bernhard Sekles in Frankfurt a. M. Wie Hindemith in seiner Selbstbiographie angibt, konnte sich sein urwüchsiges Musikkalent austoben, denn er hat als Geiger, Bratscher, Klavierspieler oder Schlagzeuger folgende Gebiete ausgiebig „beackert": Kammermusik aller Art, Kino-, Kaffeehaus-, Tanzmusik, Operette, Jazzband, Militärmusik. Im Frühjahr 1923 gab der allmählich berühmt werdende Künstler seine Konzertmeisterstelle auf, um sich nur noch der Komposition und als Bratscher im „Amar"-Quartett der Verbreitung hauptsächlich neuer Kammermusik zu widmen. Bei den Donaueschinger Musikfesten hatte Hindemith immer eine leitende Stelle, von hier ging auch 1921 sein Ruhm aus. Ueber Hindemiths Schaffen wird hin und her gestritten, auf jeden Fall ist er — trotz seiner oft expressionistischen Einfälle — ein Vollblutmusiker. Seine Lieder haben einen eigenen Ton, seine Kammermusikwerke muten oft grotesk und frech an, und doch weiß er wieder durch warme und innige Töne zu packen. Sehr bezeichnend für Hindemiths lyrische Art ist der Liederzyklus „Die junge Magd", op. 23, 2 auf sechs Gedichte von Georg Trakl, die erstmalig in Neuß erklingen.

Die rhythmische und harmonische Freiheit, mit der sich die Altstimme fortbewegt, ihre Verknüpfung mit zwei Blasinstrumenten, von denen die Klarinette im dritten Stück eine reizende Beweglichkeit entfaltet, während die Flöte im letzten die Stimme hübsch umspielt und das Quartett die Untermalung vollendet, hat etwas außerordentlich Gewinnendes. Es ist eine Folge von sechs kleinen Seelenbildern. Die Menschlichkeit atmet in ihnen.

Als dritten Komponisten des Abends hören wir den Meister der Gurrelieder Arnold Schönberg, den früheren Expressionisten in der Musik. Für den ausgefallenen „Pierrot Lunaire" hören wir die Kammersinfonie op. 9 in E-dur für 15 Soloinstrumente, ein Werk, welches zur Zeit des ersten D-moll Streichquartetts entstand und vielfach noch unter dem Einfluß Richard Wagners steht. Die Kammersinfonie ist ein Uebergangswerk und hat mit dem Radikalismus etwa der Klavierstücke (op. 11) oder des „Pierrot" noch wenig gemeinsam. Man muß die thematische und kontrapunktliche Meisterschaft und die harmonischen Einfälle bewundern. Arnold Schönberg ist am 13. September 1874 in Wien geboren und lebt jetzt in Schödling bei Wien, wo er als Lehrender einen großen Kreis der musikalischen Jugend um sich gesammelt hat, die gläubig auf ihren Meister schaut.

Um möglichst weiten Kreisen den Besuch dieses außerordentlich interessanten Musik-Abends zu ermöglichen, ist die Veranstaltung auf kommenden Samstag, abends 7½ Uhr gelegt worden. Karten sind in den Musikalienhandlungen Lorenz und Mauelshagen sowie an der Abendkasse zu haben.

Im Residenztheater wird der vaterländische Film „Die Europameisterschaften" gegeben. Die Erwartungen der Vorschau sind völlig rechtfertigt. Europameisterschaften gibts ja zwar nicht. Aber alle großen deutschen Meister und ausländische Größen werden im Wettkampf gezeigt. Dennoch ist es kein weiner Sportfilm. Eine romantische Handlung, in der die treue Liebe nicht, fehlt, ist ziemlich künstlich, aber doch das sittliche Werbemoment des Film glücklich bereichernd, eingeflochten. Vaterlandsliebe und frohe zweckvolle Pflege des Körpers sind die beiden Grundlinien des Geschehens. Wer an die sittliche Wirkung des Sports nicht glaubt, wer nur die äußerliche Betätigung der Leibesübung sieht, ohne ihren tiefen gesellschaftsbauenden Untergrund, dem tut es wohl, diesen mit Hilfe des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen geschaffenen Propagandafilm zu sehen. Unsere Jugend sieht an zwei Brüdern, wie die frohe Bejahung des Turnens und allen sportlichen Treibens veredelnd auf den Menschen wirkt. Da steht der Liederjan dem gesunden sportfrohen Bruder gegenüber. Da sehen wir die kleinen Gefangenheiten der dekadenten jungen Welt der Herzlosigkeit und des Protzentums gegenübergestellt dem frischen, frohen Sein der Körperpflege treibenden Jugend. Mit Vater Jahn fängts an — und Vater Jahns ernstes, heiliges Streben leuchtet über die rührende Sterbeszene des alten Veteranen, der dieser Jugend den Glauben an die deutsche Zukunft mit ins Grab hinübernimmt. Die Zeitlupenbilder, besonders beim Stabhochsprung, Speerwurf und Laufen, geben einen guten Einblick in die sportliche Technik.

Die Musik begleitet die Vorführung des Films in allen Stimmungen mit recht angepaßten Darbietungen. Ein lustiges Programm voll Komik und Uebermut schließt sich an. Heute nachmittag um 2½ Uhr ist Jugendvorstellung. Unsere Jungen sollen Liebe zur planmäßigen Körperpflege bekommen und eine sittliche und vaterländische Auffassung dieses ihres Sports bekommen. Wir empfehlen den Eltern den Besuch recht gerne, weil wir ihn für veredelnd halten.

Die Reichsbank hat den Diskont von 9 auf 8 Prozent herabgesetzt.

Offene Gewerbesonntage. Die Industrie- und Handelskammer bittet uns um Aufnahme folgender Notiz:

In Nummer 4 dieser Zeitung ist eine Bekanntmachung veröffentlicht worden, welche den Verkauf von besonders wichtigen Waren an Sonntagen betrifft. Da diese Bekanntmachung für den gesamten Einzelhandel von großer Wichtigkeit ist, wird sie der besonderen Aufmerksamkeit der Gewerbetreibenden empfohlen. Die Bekanntmachung geht davon aus, daß die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nur durch den Verkauf weniger Produkte gestört werden darf, wenn nicht gerade ein geschäftsfreier Sonntag ist, worüber später noch eine Bekanntmachung herausgegeben wird. An allen Sonn- und Festtagen des Jahres mit Ausnahme des ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstages dürfen nur Roheis, Milch, Backwaren, Speiseeis, frisches Obst, frische Blumen und Zeitungen verkauft werden. Tabakwaren fallen also nicht unter die Liste der an Sonntagen in Geschäften verkäuflichen Waren. Roheis und Milch darf auch an den ersten hohen Feiertagen verkauft werden. Der Verkauf darf nicht den ganzen Tag erfolgen, sondern ist auf einige Stunden beschränkt. Für alle Waren darf der Verkauf von 11—1 Uhr mittags erfolgen. Bei Roheis und Milch dazu von 7—9 Uhr vormittags, bei Backwaren und Speiseeis bis 4 Uhr nachmittags, bei frischem Obst aus Obstständen vom 1. April bis 30. September von 1 bis 6 Uhr nachmittags. Bei frischen Blumen am Allerheiligen- und Totensonntag bis 4 Uhr nachmittags.

Eisenbahnpaketkarten für Expreßgut. Die Industrie- und Handelskammer weist darauf hin, daß die Aufbrauchsfrist für Eisenbahnpaketkarten alten Musters bis zum 30. Juni 1926 verlängert worden ist. Die neuen Paketkarten unterscheiden sich von den alten hauptsächlich dadurch, daß sie einen grünen Rand haben, während die alten Muster rotumrandet sind.

Bei der Ostern ds. Js. stattfindenden Schulentlassung der Zöglinge des städt. Waisenhauses in Köln sind über 100 Jungen in Lehrstellen unterzubringen. Bei dem Eintritt in die Lehre wird jedem Lehrling eine gute vollständige Ausstattung verabfolgt. Dem Lehrling muß während der Lehrzeit vom Lehrmeister, Kost, Wohnung, ein für ihn allein bestimmtes Bett, Kleidung und Reinigung der Wäsche gestellt werden. Für Kleider und Wäsche wird an den Lehrmeister während der Dauer der Lehrzeit ein Kleidergeld gezahlt.

Die sonstigen Bedingungen sind:

Mindestlehrzeit des betr. Gewerbes, Besuch der Fortbildungsschule, Ablegung der Gesellenprüfung am Schlusse der Lehrzeit.

Die Lehrmeister müssen die Meisterprüfung abgelegt haben oder sich im Besitze des kleinen Befähigungsnachweises befinden, das ist eine Bescheinigung des Landratsamtes, daß Lehrlinge ausgebildet werden dürfen.

Siehe auch die Anzeige in der heutigen Nummer dieses Blattes. Anmeldungen sind an das Städt. Waisenhaus in Köln-Sülz, Sülzgürtel 47, zu richten.

7 Grad Kälte. Bei Ostwind und hohem Barometerstand ist wieder empfindliches Frostwetter eingetreten. Auf 7 Grad unter Null sank diese Nacht das Quecksilber im Thermometer. Die Fenster zeigten heute morgen Eisblumen.

Ein alter Veteran. Herr Georg Büschges, Clarissenstraße, kann heute seinen 80. Geburtstag feiern. Als Husar des Westf. Husarenregiments machte er u. a. die Schlachten von Spichern und Gravelotte mit.

Meisterprüfung. Am 11. Januar 1926 bestand vor der Handwerkskammer Düsseldorf die Meisterprüfung als Polsterer-Dekorateur-Meister mit Gut, der Polstermeister Herr Carl Langebeckmann hier, Furtherstraße 9.

Meisterprüfung. Am 11. Januar 1926 bestand vor der Handwerkskammer Düsseldorf die Meisterprüfung als Sattler-Posterer-Meister mit „Sehr Gut", der Sattlermeister Herr Wilhelm Mostert aus Glehn bei Neuß.

Sanitätskolonne. Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr: Monatsversammlung in der Rheintorschule.

Sitzung des Amtsgerichts. Ein Reisender, der in Nievenheim Wäsche feilgeboten hatte, ohne im Besitz eines Wandergewerbescheines zu sein, erhielt 80 Mark Geldstrafe. — Ein Kaufmann W. W. wurde von der Anklage, ihm von der Firma anvertrautes Geld unterschlagen zu haben, freigesprochen. — Der Arbeiter M. Kr. erhielt wegen Zerstörung einer Scheibe zwei Monate Gefängnis bei Bewährungsfrist, wenn er den Schaden ersetzt. — Ein Arbeiter aus Büttgen hatte sich in einem Auto von Neuß nach Büttgen fahren lassen, ohne im Besitz genügender Geldmittel zu sein. Da der Betrogene inzwischen bezahlt worden ist, wurde das Verfahren eingestellt. — Ein Angeklagter C. soll die ausscheigenden Fahrgäste eines Straßenbahnwagens an einer Haltestelle mit seinem Motorrad gefährdet und die Körperverletzung einer Frau verursacht haben. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. — Franz H. hatte Eisenbahnschaffner, die den Zug von Düsseldorf nach Neuß begleiteten, in grober Weise beleidigt. Er wurde zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. — Auch wurde den beleidigten Beamten die Befugnis zuerkannt, das Urteil auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

Aus dem Landkreise.

Kaarst, 11. Jan. Der vom hiesigen Turnverein am gestrigen Abend veranstaltete Werbeabend wies einen sehr starken, aus allen Teilen der Bevölkerung sich zusammensetzenden Besuch auf. Nach der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Vereins, Herrn Lehrers H. Knapstein hielt Herr Dr. med. Rademacher einen eingehenden Vortrag über die Geschichte des Turnwesens und besonders über die Bedeutung des Turnens für die Entwicklung des Körpers und damit für die Hebung der Volksgesundheit und der Volkskraft. Der Bezirksvorsitzende, Herr Betriebsleiter Schmitz überbrachte die Wünsche des Bezirksverbandes der deutschen Turnerschaft. Die exakten turnerischen Vorführungen sowohl der Schülerriege als auch der Turnermannschaft unter der Leitung des Turnwarts, Herrn Jos. Koch fanden sehr viel Beifall. Tanz und Verlosung trugen nachher zur Unterhaltung der Gäste bei. Man kann wohl sagen, daß die Kaarster Turnerschaft sich an diesem Abend viele neue Freude erworben hat, und die Bedeutung des Turnens für die Ausbildung des Körpers, des Geistes und des Charakters von weitesten Kreisen erfaßt worden ist.

Zons, 11. Jan. Die Preußische Landesauftragsstelle in Düsseldorf, Neußerstraße 67, hat noch große Bestände reichseigener Geräte und Möbel wie Schlaf- und Wohnzimmer, Küchen, Tische, Stühle und Haushaltungsgegenstände. Dieselben werden an Hochwassergeschädigte vorzugsweise abgegeben. Diejenigen, die hiervon Gebrauch machen wollen, erhalten nähere Auskunft und evtl. Bescheinigung beim hiesigen Bürgermeisteramt.

Stürzelberg, 11. Jan. In St. Peter wurde einem Arbeiter aus verschlossenem Stalle seine einzige Ziege gestohlen und in unmittelbarer Nähe sachgemäß abgeschlachtet. Die sofort angesetzten Polizeihunde der hiesigen Ortsgruppe Deutscher Schäferhunde verfolgten beide dieselbe Spur bis zu einer Wegekreuzung, sodaß angenommen werden muß, daß die Diebe sich von hier aus per Rad mit ihrer Beute entfernt haben. Die bisher angestellten Ermittelungen nach den Tätern blieben ohne Erfolg.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

Grevenbroich, 11. Jan. Am 6. d. Mts. fand hierselbst im Hotel Lersch eine Versammlung der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen sowie der Wartegeldempfänger statt, behufs Gründung einer Ortsgruppe Grevenbroich im Anschluß an den Reichsverband Berlin. Nach herzlichen Begrüßungsworten durch den Einberufer, Herrn Eisenbahnoberinspektor a. D. Mirgel, Grevenbroich, gab dieser den Zweck und die Bestrebungen des Vereins bekannt. Alsdann gab er dem Vorsitzenden des Provinzialverbandes Rheinland, Herrn Martiny (Köln) das Wort zum Referat. In 1½stündiger Rede brachte dieser die Aufgaben des Reichsverbandes in klar verständlichen Worten zum Ausdruck. Bezüglich der Beitragsberechtigung sagte er wörtlich: „Der Verband hat den Zweck, die im Ruhestand befindlichen Reichs-, Staats-, Selbstverwaltungs-, Berufsbeamten und Beamtinnen, der Geistlichen, Lehrer und Lehrerinnen, die auf Wartegeld gesetzten Beamten und Beamtinnen, die Witwen der Beamten, der Geistlichen und Lehrer und die unversorgten Töchter zu vereinigen, ihre Standesinteressen zu vertreten und zu fördern, in Standesfragen und aus dem Berufsverhältnis sich ergebenden Rechtsverhältnisse unentgeltlich Rat zu erteilen." Konfessionelle und parteipolitische Erörterungen und Bestrebungen sind von der Tätigkeit des Verbandes ausgeschlossen. Stellungnahme des Verbandes zu öffentlichen Wahlen finden nicht statt. Die Begriffe von Recht und Gerechtigkeit in der Pensionsfrage brachte der Referent an Hand von Beispielen und Beweisen jedem klar zum Bewußtsein. Sodann referierte der Vorsitzende der Ortsgruppe Neuß, Herr Eisenb.-Obersekretär Soor, und der zweite Vorsitzende dieser Gruppe, Herr Wagner, über die in Neuß bereits eingeführte und sich sehr gut bewährte Notstandsgemeinschaft. Die Ausführungen der drei Redner fanden allseitigen Beifall und erntelen vielen Dank. Bei der Vorstandswahl ging Herr Eisenbahnoberinspektor Mirgel (Grevenbroich) als erster und Herr Professor Zumbusch (Grevenbroich) als zweiter Vorsitzender einstimmig hervor. Zum ersten Schriftführer wurde Hr. Bürgermeister a. D. Korsten (Grevenbroich) und als Kassenwart Herr Postbetriebsassistent Jakob Langen (Grevenbroich) einstimmig gewählt. Die Wahl der Vertreter und sechs Beisitzer wurde aus mancherlei Gründen für die nächste Vollversammlung zurückgestellt. Als Lohn für ihre so klar verständlichen und überzeugenden Worte konnten die drei Redner sowohl den sofortigen Beitritt der sämtlichen Versammlungsteilnehmer als Mitglieder zum Reichsverband wie auch zur Notgemeinschaft buchen. Gewiß ein schöner Erfolg. Den noch Aufnahmeberechtigten bietet sich nochmals Gelegenheit zum Beitritt in den Reichsverband und der nicht zu unterschätzenden Vorteile, die mit dem Beitritt zur Notgemeinschaft verbunden sind, bei der nächsten Vollversammlung am 20. Januar 1926, nachmittags 4 Uhr, im Hotel Lersch, Grevenbroich. Besondere Einladungen ergehen nicht mehr. Wahre daher ein jeder Beitrittsberechtigte seine Interessen. Herr Verbandsvorsitzender Martiny wird auf besonderen Wunsch der Ortsgruppe wiederum das Referat übernehmen.

Ohligshaven, 13. Jan. Der hiesige Bürgerverein veranstaltet am Sonntag, den 17. Januar anläßlich des Kirchenpatronatsfestes im Saale der Wirtschaft Schmitz eine Theateraufführung: das sechsaktige Schauspiel „Die Hexentrude vom Karrenberge" nebst einem zweiaktigen Lustspiel. Da die Rollen sich in sehr guten Händen befinden, so werden allen Freunden und Gönnern genußreiche Stunden bevorstehen. (Näheres in der Samstagsnummer.)

Aus Nah und Fern.

Düsseldorf, 11. Jan. Gestern abend hatte der Rather Spielverein mit dem Oberbilker Fußballklub Helios ein Fußballspiel ausgetragen, das unentschieden blieb. Die Spieler begaben sich in die Wirtschaft von Kreisinger in Rath, wo Mitglieder des Helios den Schiedsrichter beschimpften und tätlich angriffen. Unerwartet erhielt der Schiedsrichter von dem Spieler Bongartz einen heftigen Faustschlag, durch den er bewußtlos wurde. Mitglieder des Rather Vereins versuchten, Bongartz zu beruhigen und drängten ihn ab. Hierbei erhielt Bongartz einen Schlag mit einem Bierglas auf den Kopf. Er sprang bis an die Wand des Saales zurück, zog ein Messer und griff ein Mitglied des Rather Spielvereins an, indem er denjenigen vermutete, der ihm den Schlag mit dem Bierglas versetzt habe. Hierbei trat ihm der Schlosser Paul Rohrmann entgegen, um ihn zu beruhigen. Diesem versetzte Bongartz einen Messerstich unterhalb der linken Schulter, der den sofortigen Tod zur Folge hatte, da die Schlagader durchschnitten war. Bongartz flüchtete, wurde aber nach kurzer Zeit festgenommen.

M. Gladbach, 9. Jan. Wie das hiesige Wohnungsamt öffentlich bekannt gibt, ist für eine neue Dreizimmer-Wohnung kein Mieter zu finden. Grund: die Wohnung befindet sich in einem Neubau auf der Großheide bei Windberg in ersten Stock. Das ist den Mietern zu abgelegen. Von dort fährt man nämlich mit der Straßenbahn bis zur Stadtmitte etwa zehn Minuten. — Müssen die M. Gladbacher bequem sein!

Berlin, 11. Jan. Vor dem Amtsgericht Lichterfelde wurde gegen den Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten, Redakteur Fritz Ebert, wegen Körperverletzung verhandelt. Bei der letzten Reichspräsidentenwahl hatte er gelegentlich eines Zusammenstoßes mit Mitgliedern des Bismarckbundes dem Führer der Gruppe eine Ohrfeige versetzt. Das Verfahren endete mit einem Vergleich, nach dem Redakteur Ebert sich zur Zahlung von 20 Mark Buße zugunsten der Kriegsblinden bereit erklärt hatte.

Fern der Heimat.

Der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" veröffentlicht einige Zahlen darüber, wo unsere Gefallenen beerdigt sind: Im Ausland befinden sich über hunderttausend deutsche Kriegerfriedhöfe mit fast zwei Millionen Gräbern! Der größte Teil hiervon liegt in Frankreich. Dort gibt es 451 000 Einzelgräber bekannter Toter und 449 000 Gräber unbekannter Toter. Von diesen sind 225 000 in Sammelgräbern beigesetzt, die andern sind nicht mehr auffindbar gewesen. Unter den Trümmern von Verdun liegen nach französischer Schätzung noch etwa 150 000 unbestattete Soldaten. In einem einzigen Massengrab Saint Laurent Blangy sind 35 000 Tote vereinigt! Von den Franzosen sind 2500 Friedhöfe aufgelöst worden. Die dort beigesetzten Soldaten sind nach Zentralfriedhöfe umgebettet worden.

Handel und Volkswirtschaft

Fruchtmärkte.

Köln, 12. Jan. An der Getreidebörse notierten in Mk die 100 Kg. Frachtlage Köln: Weizen inländ. 25.60 bis 26.00, ausl. 00.00—00.00, Roggen inländ. 17.00—17.50, ausl. 21.50-22.50, Hafer hies. 17.00-18.50, nordd. 00.00-00.00, ausl. 20.25—22.25, ausl. Futtergerste 17.50-18.00, inld. Wintergerste 17.75—18.00, inld. Sommergerste 20.75—22.00, grob. Mais 20.25—20.50, kleiner Mais 22.50—23.00, Raps Ia. trocken 00.—00.00, Roggenmehl 70% 29.50—30.00, inländ. 26.0—27.00, Weizenmehl rein inl. 70% mit Auslands-Weizen 39.50—40.00, inländ. 35.00—36.00, Weizenkleie br. mit Sack 11.50-14.50, Rübkuchen lose 14.75—15.00, Palmkuchen lose 15.50—16.50, Leinkuchen lose 25.75 bis 26.00, Sojaschrot brutto mit Sack 21.50—21.75, Trockenschnitzel 00.00-00, Zuckerschnitzel lose 12.50-13.50, Wiesenheu inländ. lose 8.50—9.50, gepr. 10.00—11, Kleeheu inl. 8.50 bis 9.50, ausl. 10.00-12.00, Roggenstroh gepr. 2.60-2.80, Weizenstroh gepr. 2.60—2.80, Haferstroh gepr. 2.40—2.60, Rohmelasse 6.00—0.0 M.

Berlin, 12 Jan. (Produktenmarkt.) Amtlich wurden folgende Preise festgesetzt: Getreide und Oelsaaten je 1000 Kg., sonst je 100 Kg. in Goldmark. Weizen: märk. 250-256, pomm. 250-256. Lieferung Dez. 000,00-000, März 275.00-276.00-000, Mai 282-000,00-000,00. Roggen: märk. 147 bis 154, pom. 146-153, Lief. Dez. 000-000, März 179,00-000,00, Mai 189.50—190.50—000, Gerste: Sommergerste 183-210, Wintergerste 151—165,00; Hafer: märk. 161—172 westpr. 00, Lieferung Dez. 000-00, März 184, Mai 189, Mais: loko Berlin 000-000, Plata mais 000-00; Weizenmehl (100 kg) frei Berlin 33.25—36.75, Roggenmehl (100 kg. frei Berlin, 23,00-24.75, Weizenkleie fr. Berl. 11,25-11.50, Roggenkleie frei Berlin 9.75-10,25, Raps 350-355, Viktoriaerbsen 26,00-27,00, kleine Erbsen 22.00-25.00, Futtererbsen 20.00-22 00, Peluschken 18-19,00, Ackerbohnen 19,00—21, Wicken 20-23,00, Lupinen blaue 12.00-12.50, gelbe 14,00-15,00, Seradella 18—19, Rapskuchen 15.25-15.50, Leinkuchen 23.60-23,80, Trockenschnitzel 8.20—8.30, Sojaschrot 20.60—20,70, Torfmelasse 8.20-8,40, Zuckerschnitzel 00.00—00,00, Kartoffelflocken 14.90—15.40.

Viehmärkte.

Köln, 11. Jan. **Auftrieb:** 1471 Stück Großvieh und zwar 720 Ochsen, 674 Färsen, Kühe u. Rinder, 77 Bullen, 1005 Kälber und 0 Fresser, 375 Schafe, 4537 Schweine. Die Preise sind für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldmark. Ochsen: a1) 0.54-0.57, a2) 0.52-0.56, b) 0.43-0.50, c) 0.30—0.40, d) 0.20—0.25; Färsen usw.: a1) 0.52—0.54, a2) 0.50—0.52, b) 0.43—0.48, c) 0.34—0.40, d) 0.26—0.32, e) 0.18—0.25; Bullen: a) 0.50—0.54, b) 0.45—0.48 c) 0.40—0.44; Kälber und Färsen: a) 0.95—1,10, b) 0.85—0.92, c) 0.75—0.82, d) 0.50 bis 0.56, e) 00—00, f) 0.00—0.00; Weideschafe: a) 0.39—0.44, b) 0.32—0.36; Schweine: a) 0.82—0.86, b) 0.85—0.89, c) 0.85 bis 0.88, d) 0.76—0.80, e) 0.00—0.00, f) 0.70—0.80, g) 00—00.

Dinslaken, 12. Jan. (Amtl. Marktbericht). Der Zuchtviehmarkt war mit 120 Stück Rindvieh beschickt. Die Preise stellten sich wie folgt: Kühe: 1. Qual. 550—625 Goldmk., 2. Qual. 475—550, 3. Qual. 400—475, 4. Qual. 250—350; Tragende Rinder: 1. Qual. 000—000 Mk., 2. Qual. 325—400, 3. Qual. 250—325, 4. Qual. 150—250 Mk. Geschäft langsam, gute Tiere gesucht.

Der Schweinemarkt am 11. Jan war mit 243 Stück beschickt. Es wurden folgende Preise gezahlt: Ferkel bis 6 Wochen 24—30, von 6—8 Wochen 30—38, von 8—13 Wochen 38—50, Läufer 3—4 Monate 50—60, 4—5 Monate 65—80, über 5 Monate 00—000 Mk.

Der nächste Zuchtviehmarkt findet am Dienstag, den 26. Januar, der nächste Schweinemarkt am Montag, den 25. Januar 1925 statt.

Husum, 10. Jan. Zufuhr zu den schleswig-holsteinischen Ferkel- und Jungschweinemärkten in dieser Woche etwa 2500 Stück. Der Handel war lebhaft. Es bedangen 4—6 Wochen alte Ferkel 24—28 Mark, 6—8 Wochen alte 28—33 Mark, über 8 Wochen alte 32—45 Mark das Stück. Nach Lebendgewicht wurde bezahlt für beste Ware 115—125 Pfg., für mittlere 105—115 Pfg., geringere 95—105 Pfg. das Pfd. Fette Schweine kosteten: beste Ware 73—80 Pfg., mittlere 76—78 Pfg., geringere 70—76 Pfg. Sauen 68—76 Pfg. das Pfd. Lebendgewicht.

Buchgemeinde
Bonn, Wittelsbacherring 9.
Verlangen Sie Prospekte!

Geschäftliches.

Tauben Ohren kann man nicht predigen, aber schließlich muß doch jeder zu der Ueberzeugung gelangen, daß wenn ein Hustenmittel wie die Kaiser's Brust-Karamellen mit den 3 Tannen 3500 notariell beglaubigte Zeugnisse besitzt, solche wirksam sein müssen

Turnen Spiel ** Sport **

Verein der Sportfreunde Neuß e. V.

(Handball-Abtlg.) Sportfreunde 1. — Fortuna Düsseldorf (Meister) 1:2 (0:2).

Die Sportfreunde enttäuschten diesmal nach der angenehmen Seite und führten gleich dem Gegner ein forsches, wechselvolles Spiel vor, wie man es immer sehen möchte. Trotzdem die Ueberlegenheit des Meisters in der ersten Spielhälfte durchaus nicht so sehr in Erscheinung tritt, vermag ihr Sturm kurz hintereinander 2× einzusenden. Den ersten Ball hatte der Torwächter bereits gefangen, ließ ihn aber entgleiten und rollte ins Tor. Das 2. war ein prächtiger Strafwurf des bekannten Linksaußen. Nach der Pause führen die Düsseldorfer das systemvollere Spiel vor, können aber trotz großer Ueberlegenheit keinen Erfolg mehr erzielen, hingegen können Sportfreunde kurz vor Schluß durch Körner das günstige Resultat sicherstellen. Fortuna erfüllte die auf sie gesetzten Erwartungen und zeigte ein blendend schönes Combinationsspiel. (Turn Düsseldorf hat bereits von Fortuna 5 Spielangebote erhalten, die sämtlich unbeantwortet blieben, was auf gut deutsch so viel heißt als „man kneift".) Nächsten Sonntag ist Sportfreunde spielfrei. D. A.

Neußer Hockey- und Tennis-Club.

Der Essener Sportverein 99 weilte mit vier Mannschaften in Neuß beim Hockey- und Tennis-Club und mußte sich diesem im Gesamtergebnis mit 5:3 Punkten und 16:12 Toren beugen. Im Spiel der 2. Herren machten die Neußer den Gästen den 5:0 nicht schwer, da sie zu zerfahren spielten. Die Jugend reihet ihren Erfolgen einen weiteren 6:1 Sieg an. Die Damen schlugen die Essener Damen nach gutem Spiel sicher 5:1. Im Gegensatz zum Vorsonntag waren die NHTCerinnen heute mit viel Lust und Liebe bei der Sache. Das Spiel der 1. Herren zeichnete sich neben guter Stocktechnik vor allem durch große Schnelligkeit aus. Die Neußer konnten nach zwei Ueberraschungstoren der Essener, das Spiel offen halten. Leider brachten die Essener, die spielerisch auf der Höhe waren, unnötige Schärfe in das Spiel.

1. Bezirk des Niederrheinischen Turngaues.

Den Bezirksvertretertag bei Peppekus leitete der Bezirksvorsitzende, Turngenosse Schmitz. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden drei Vorturnerstunden abgehalten, davon im Februar eine in Neuß, im November in Heerdt und im Dezember in Lörick. Die nächste Vorturnerstunde wird am 7. März 1926 in Neuß abgehalten. Die Berichte der einzelnen Bezirks-Abteilungs-Warte fielen zur vollsten Zufriedenheit aus. Hier sei kurz gesagt, daß die Sommerspiele im Bezirk mit 23 Mannschaften vonstatten gingen. In der A-Klasse für Faustball 4 Mannschaften, B-Klasse 4, C-Klasse 2, Jugend 5, alte Herren 4 und Damen 2. Im Schlagball wurden zwei Mannschaften gestellt. Auch wurde der gegebene Kassenbericht mit einem „Bravo" aufgenommen. Nach der Neuwahl stellt sich der Bezirksvorstand aus folgenden Turngenossen zusammen: Bezirksvorsitzender Heinr. Schmitz, Kaarst F 29, Bezirksgeschäftsführer Heinr. Speemann, Neuß, Büttgerstraße 63, 1. Bezirksturnwart für das Männerturnen Jos. Meising, Neuß, Rheydterstraße, 2. Bezirksturnwart für das Männerturnen Jos. Bräutigam, Neuß, Kapitelstraße, Bezirksturnwart für das Frauenturnen Fritz Blum, Düsseldorf-Heerdt, Neußerfurtherstraße 43, Bezirksjugendturnwart Jean Blum, Düsseldorf-Heerdt, Pestalozzistraße 17. Bezirks-Sportwart Franz Menstret, Düsseldorf-Heerdt, Krefelderstraße 13, Bezirks-Spielwart Paul Esser, Neuß, Büchel, Bezirks-Handballobmann Jos. Drossart, Neuß, Jostenallee im Lehrerseminar, Bezirks-Pressewart Albert Kunze, Neuß, Hammtorwallstraße. Der nächste Gauturntag findet am 24. Januar 1926 in Krefeld-Blumental statt. Ferner findet im September ein Bezirks-Hallen- und Sportfest in Neuß statt, das sehr wahrscheinlich im Saale der Bürgergesellschaft abgehalten wird. Das Bezirksturnfest des 1., 5. und 6. Bezirkes wurde vom Turnverein Heerdt übernommen. Der Termin hierzu wird später bekannt gegeben. Ebenfalls wurde ein Bezirkswandertag mit Jugendtreffen in Rosellen vorgesehen. Die Bezirkssteuer für das Jahr 1926 bleibt auf G-Mk. —,10 pro Kopf bestehen. Um 6 Uhr wurde dann der Bezirksvertretertag mit einem echten deutschen Turnerlied geschlossen.

Hch. Gr.

Deutsche Jugendkraft

Verband für Leibesübungen in den katholischen Vereinen.

Turn- und Sportabteilung „Arminia" Neuß.

Mittwoch ½7 Uhr: Uebungsstunde der Schüler im Jugendheim „Fortitudo"; 8 Uhr: Turnen der Turner im Jugendheim. Donnerstag 8 Uhr: Spielausschußsitzung und Spielersitzung der 1. Mannschaft im Jugendheim.

Die Sportabteilung „Rheinkraft"

hielt letzten Donnerstag ihre Jahreshauptversammlung im Vereinslokal Pullen ab. Etwa 80 Mitglieder wohnten ihr bei. Aus dem Bericht ist erwähnenswert: Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1924 135 Jugendliche und Aeltere, sowie 45 Schüler gegen 153 bezw. 87 im Vorjahr. Die Schülerabteilung ist somit wohl die stärkste unserer Stadt. Im Gegensatze zu früher gelang es, eine größere Anzahl Mitglieder zu guten Durchschnittsleistungen heranzubilden. Wir wollen ja überhaupt weniger „Kanonen" züchten, als den Sportgedanken tiefer in die Massen eindringen lassen, um mehr einen gleichmäßigen, aber größeren Durchschnitt zu erzielen. In diesem Jahre soll noch größere Sorgfalt der Jugend gewidmet werden. Daher auch am Ostermontag ein Jugendfußballturnier und am 27. Juni ein leichtathletisches Jugendtreffen aller Vereine des Kreises Niederrhein, dessen Organisation dem hiesigen Bezirke übertragen worden ist.

Der Mitgliedsbeitrag wurde von 50 auf 60 für die älteren und von 25 auf 30 Pfennig für die jugendlichen Mitglieder erhöht. Außerdem wird in Zukunft am 1. Januar und 1. Juli ein Sonderbeitrag von 50 bezw. 25 Pfennig erhoben, um eine leichtere und bessere Beschaffung der zu diesen Terminen fälligen Spielpässe zu gewährleisten. Der Bezieherpreis der wöchentlich erscheinenden „Rheinischen Jugendkraft" wurde von 50 auf 70 Pfennig pro Monat erhöht.

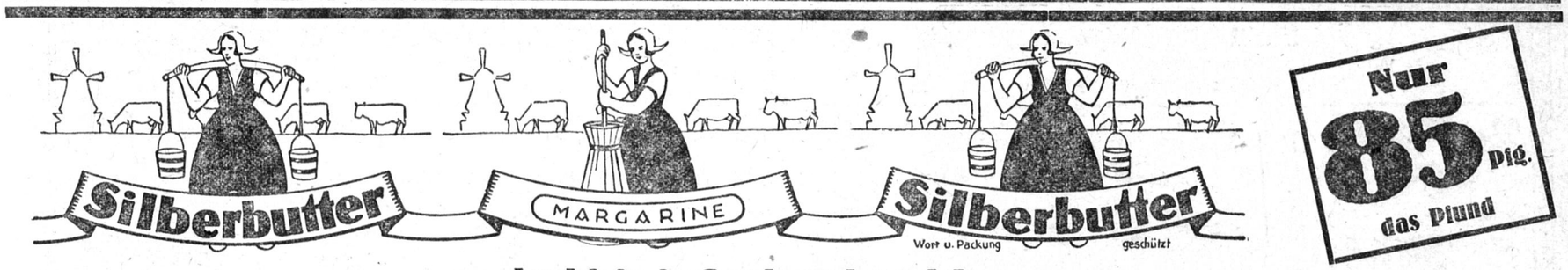
Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des gesamten Vorstandes, bis auf einen Posten, der aus beruflichen Gründen neubesetzt werden mußte. Daß die Mehrzahl der Aemter des Vorstandes schon seit langen Jahren immer von denselben Mitgliedern in unverminderter Arbeitsfreude ausgefüllt werden, ist für die Weiterentwicklung der Abteilung ein erfreuliches und sehr wichtiges Merkmal. Möge darum die ganze Abteilung zielbewußt weiterarbeiten!

Zentrumspartei Neuß Land

Geschäftsstelle: Neuß, Salzstraße 55.
Sprechst.: 10—12 vorm., 5—6 nachm. — Tel. 1068

Ortsgruppe Holzheim.

Alle Parteifreunde von Holzheim werden hiermit auf Freitag, den 15. ds. Mts., abends 8¼ Uhr zu einer Mitgliederversammlung im oberen Saal des Gasthofes Philipp Wyrich frdl. eingeladen. Herr Rektor Thomae (Neuß) wird einen Vortrag halten über die politische Lage und im Anschluß daran soll eine Aussprache unter den Parteifreunden stattfinden über Parteiaufgaben in der Gemeinde. Möge kein Mitglied der Partei fehlen!



Nur 85 Pfg. das Pfund

hochfein in Geschmack und Aroma.

Appenzeller & Co., Margarinefabrik, Neuss a. Rh.

In unser Handelsregister Abteilung A No. 874 wurde am 7. Januar 1926 eingetragen die Firma **Johannes Zobren** in Neuß. Alleiniger Inhaber ist **Johannes Zobren**, Kaufmann in Neuß. Geschäftszweig: Handel in Oelsaaten, Futtermitteln und Getreide kommissionsweise

Abteilung A No. 653 am 5. Januar 1926 bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Hamburger Kaffee-Import-Gesellschaft **Emil Tengelmann, Mülheim-Ruhr**, Zweigniederlassung Neuß: Die Zweigniederlassung ist aufgehoben.

Abteilung A No. 261 am 7. Januar 1926 bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma **„Franz Josten"** in Neuß. Die Gesellschaft hat am 8. Juli 1895 begonnen. Die Alleinige Vertretungsbefugnis des Kaufmannes **Franz Josten** wurde aufgehoben und **Fritz Josten** schied aus dem Handelsgeschäft aus. Dem Kaufmann **Franz Josten jr.** in Neuß ist Einzelprokura erteilt.

Amtsgericht Neuß.

Zwangs-Versteigerung.

Am Donnerstag, den 14. Januar, vormittags 10 Uhr sollen zu Neuß, Gladbacherstraße Nr. 435 (Coppenbroich)

1 Drehstrom-Elektro-Motor 60 PS., Fabrikat Siemens-Schuckert, 1 30 PS.-Motor, Fabrikat Lloyd, Dynamowerke Bremen, 1 25 PS.-Motor 120,4 PS.-Motor, ca. 5000 Papiersäcke, 1 Schmiedeventilator. 1 Motor 3,6 PS., 1 Kreiselpumpe, 1 Anlasser f. 30 PS., 1 Schaltkasten 300 Amp., 1 Motor 3 PS., 1 Motor 12 PS., 1 Motor 12 PS., 1 Motor 15 PS. mit Anlasser und Schaltkasten, 1 Bohrmaschine, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Schreibtisch, 1 Schreibsessel, 1 Ofen (Dauerbrenner), 2 Tischchen u. 4 Stühle, 1 Garderobenhalter, 20 Ctr. Heu, 10 Ctr. Hafer, 2 Faß Goldocker ca. 600 kg.

durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Gräfrath, Ober-Gerichtsvollzieher.

Holz-Verkauf zu Büttgen-Vorst.

Am Freitag, den 15. Januar 26, nachm. 3 Uhr lassen die Unterzeichneten in der Wirtschaft von **Jung** in Vorst:

60 Nummern Schlagholz als Brand- und Nutzholz

(Weidepfähle und Stellmacherholz)

geeignet, öffentlich meistbietend auf längeren Kredit versteigern.

Büttgen. **Gebr. Hoeveler.**

Pferdeverkauf zu Kapellen.

Am künft. Donnerstag, den 14. Januar, mittags 1 Uhr

läßt Herr **Wilhelm Streraths**, Landwirt zu Dannerhof, in der Wirtschaft **Zoeller zu Kapellen:**

6 überzählige Pferde und zwar: 1 fünfjährige und 1 ältere Stute, beide fragend und eingetragen, mit Papieren, 3 eingetragene Stuten, 6, 3 und 2 Jahre alt, mit Papieren, und 1 Fohlen

öffentlich freiwillig auf Kredit gegen Bürgschaft versteigern.

Unbekannte Käufer und Bürgen haben ihre Zahlungsfähigkeit durch ein Attest ihrer Ortsbehörde nachzuweisen.

Wevelinghoven. **A. Rath.**

Worauf es ankommt.

Ständig betriebene Reklame in der Neuss-Grevenbroicher Zeitung hebt den Umsatz, steigert den Gewinn.

Das Jahrgedächtnis

für meine verstorbene

Frau Stefan Beckers

Anna geb. **Nover**

findet am Donnerstag, den 14. Januar, morgens ½9 Uhr in der Dreikönigenkirche statt, wozu einladet

Stefan Beckers.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Donnerstag**, den **14. Januar**, vormittags 12 Uhr sollen zu Neuß, **Römerweg 175**

4 halberwachs. Schweine, 1 fettes Schwein, 1 Standuhr, 1 Flurgarderobe, 1 Sofa, 1 Trumeau

durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Gräfrath,
Ober-Gerichtsvollzieher.

8-10 000 Mark

gegen gute 1. Hypothek gesucht. Angebote erbeten unter **F 1181** an die Geschäftsst. d. Ztg.

5—6000 Mk.

auf erstklassiges Objekt, 10fache Sicherheit, gegen hohe Zinsen zu leihen gesucht.

Offerte unter **H 1180** an die Expedition.

Lagerplatz

mit überdachtem Lagerraum per sofort gesucht.

Offerten mit Preisangabe unter **M 1184** an die Expedition d. Zeitung.

Landhaus

Nähe **Düsseldorf** m. groß. Garten, zur Geflügelzucht geeignet, sofort zu miet. od. zu kaufen ges. Gebe abgeschl. 4 Zimmerwohn. m. gr. Diele u. Mans. in Düsseldorf i. Tausch. Angebote u. „Df. 47" an **Ala Haasenstein u. Vogler, Düsseld., Hansahaus.**

Gut möbl. Zimmer

in Nähe der Bahn zu vermieten.

Capitelstr. 49 II.

Aelt. Mädchen, in all Hausarbeiten erf., **sucht für sofort Stellung.**

Off. unt. **O 14** an die Exped. d. Zeitung.

Herr z. Verkauf von Zigarren

an Private gegen 30 Tg Ziel und 25 % Verdit. gesucht. Off. u. K. Z. 1200 an die Annoncen-Exped. Schleuter, Düsseldorf 93

Tücht. fleiß. Mann, mit Ia. Referenz., der sämtl. Reparat. selbst. übern., **sucht Stelle als Chauffeur**

für Personen- evtl. auch Lastwag. Off. u. **L 1183** an die Exped. d. Ztg.

Lehrjunge

m. Zeichentalent für Baugeschäft gesucht.

Const. Wienstroer

Drususstraße 74.

Vorzustellen Freitag vormittag 11—12 Uhr.

Junge

von 16—17 Jahren der pflügen kann, z. Lichtmeß gesucht. Wo s. d. Gesch.-Stelle **M. Iftas, Grevenbroich**

Ordentl. jüng. Mädchen vom Lande sucht Stelle.

Offerten unter S 18 an die Exp. dieser Zeitung.

Für ruh. Haush. w. ordl. **Mädchen** v. ausw. f. alle Arbeit ges. Angebote m. Ref. u. **N 17** an d. Expd.

Jüng. ordentl. u. fleißig. **Mädchen**, für landwirtschaftlichen Haushalt zum 1. Februar, sucht

Jos. Kallen, Glehn Alt-Schanzerhof.

Ordentliches

Mädchen

für alle Arbeit i. frauenlosen Haush. bei 1 Pers., Landw., gesucht.

Straberg Nr. 99.

Per 1. oder 15. Februar nach Oberkassel tüchtiges, älteres

Mädchen

zur selbständig. Führung eines kleinen herrschaftl. Haushalts (4 Pers.) gegen hohen Lohn gesucht.

Wasch- und Putzfrau vorhanden. Zu melden

Frau S. Sassen, Neuß,

Schwannstr. 19.

Junges Mädchen

3 mal wöchentl. morgens zum putzen gesucht.

Näheres Sternstr. 55.

Suche f. meine Tochter 14 Jahre kath. zu Ostern

Lehrstelle

zur gründl. Erlernung in einem besseren Colonial-, Delikateß- od. Feinkostgeschäft. Offert. unt. **O 16** an die Expedit. dies. Ztg.

Alleinverkauf der

Siemens & Halske

Rundfunk-Geräte

und Zubehörteile.

A. Schumann,

Niederstr. 4, neben Haus Niedertor.

Brav. fl. **Mädch.**, nicht unter 17 Jhr, für Haus- und Gartenarbeit gesucht.

Büderich b. Neuß, Kanzlei 23.

Tücht. braves **Mädchen** v. 17-20 Jahren u. krät. ord. **Junge** v. 16-18 Jahr. beide f. landwirtsch. Arb. gesucht. **Führt Nr. 8,** b. Grevenbroich

Tüchtig., in allen Hausarbeit. erfahr. **Mädchen**, nicht unt. 25 J. f. kleinen bess. Haush. gesucht. Off. e. b. unt. **M 12** an die Exped. dieser Zeitung.

Bess. Mädchen v. Lande 16 J. f. Stelle im bess. Hause. O. erb. unt. **N 13** an die Exped. dies. Ztg.

1 erstkl. 6½jähr. zugfestes

Rassepferd

mit Wagen, Dogkart u. Geschirr, einzeln od. zusammen weg. Anschaffung von Autobetrieb billig zu verkaufen. Kann auch gegen Schlachtvieh eingetauscht werden. Näheres

Stürzelberg.

Rheinstr. 5. Metzgerei.

Ein älteres zuverlässig.

Pferd

preiswert zu verkaufen.

Neuß, Oberlorweg 150

Zur Vertilgung von

Ratten, Mäuse, Wanzen, Schwaben etc.

empfiehlt sich

Kammerjäger Herfurth.

Angebote schriftl. unter **Z 1074** an die Exped. dieser Zeitung.

3—4 P. S.

Elektromotor

220/380 Volt Drehstrom, mit Anlasser sof. greifbar zu kaufen gesucht.

Offerten unter **K 1185** an die Exped. d. Ztg.



Möbel.

6 große, neue, 4türige engl. Kleiderschränke 75 Mk., neue Waschkommod. m. Facettspiegel 75 Mk., Nachtskonsole 14 Mark, nußb. Standuhr 85 Mk., guterh. pol. eich. Kleiderschrank 75 Mk., eich. Tisch 25 Mk., groß. Kleiderschr. 50 Mk., Küchenbufett 50 Mk., Anricht. 30 M., Tisch 15 Mk., Küchen-Einricht. 100 Mk., 4 Zimmerstühl. 30 Mk., Betten m. Matr. 25—50 Mk., Glasplatte 10 Mk., kl. Tisch 8 Mk., Kinderbett 15 Mk., Herd 50 M., Schreibtisch 30 M. zu verkaufen.

Fritz Bolten,
Oberstraße 113.

Neuanfertigen, aufpolstern sämtl. **Polster-Dekorations-Arbeiten** schnell und preiswert.

Carl Langebeckmann, Furtherstr. 9 Hammtorwall 2.

Wasserpumpen,

sow. all. Ersatzteil. liefert

Adolf Lülsdorff,

Telef. 175. Zollstr. 11

50 Ladungen

Dornaper Stückweißkalk

(Düngekalk) billigst abzugeben, lieferbar in den Monaten Januar und Februar.

A. Viehmann, Neuß,

Josefstraße 114.

am Güterbahnhof.

Telefon 485.

Billige Möbel

gute eigene Arbeit.

Bequemste Zahlung.

Heinrich Mertens,

Dormagen. Telefon 40.

5000 Stück alte guterh.

Dachpfannen

zu verkaufen.

Näheres Tückingstr. 15.

Herr.- u. Speisezimmer u. selbst. angef. Küch.- u. Schlafz.-Möb. sow. Sofas u. Stühle gebe zu billigst. Preis. ab. Möbelschrein.

W. Porten, Erftstr. 10.

Rhein. Städtebundtheater

Neuß, Zeughaus.

Donnerstag, den 14. Januar, abends 7½ Uhr:

„Der Widerspenstigen Zähmung".

Lustspiel in 12 Bildern von William Shakespeare

Preise der Plätze: Mark 3.—, 2.—, 1.—.

Kartenverkauf bei Lorenz, Manelshagen, Zeughausstube, Theaterbüro und an der Abendkasse.

Mitglieder des BVB. haben 20 % Ermäßigung an dieser Aufführung.

Rübenbauerverband Grevenbroich.

Versammlung

am Freitag, den 15. Januar 1926, nachmittags 3 Uhr, im Hotel Lerich, Grevenbroich.

Tagesordnung:

1. Wahrung der Interessen der Rübenlieferanten der Gilbacher Zuckerfabrik.
2. Rübenanbau 1926.
3. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: **B. Belder.**

Vereinskalender.

Die Angaben für den Vereinskalender müssen **bis spätestens 5 Uhr nachmittags** in der Geschäftsstelle aufgeliefert sein. Zu spät aufgegebene Manuskripte können keine Berücksichtigung erwarten.

Verein kath. kaufm. Gehilfinnen u. Beamtinnen.

Heute Mittwoch Abend 7½ Uhr im Vereinshaus Lichtbildervortrag: Post und Verkehr in alter Zeit. Deklamation und Gesang. Alle Mitglieder sind herzlich eingelad. Einführung gestattet. Donnerstag 7½ Uhr im Kloster Marienberg Kursus in Kunstschrift.

Jungfrauenkongregation der Münsterpfarre.

Donnerstag ⅛8 Uhr im Vinzenzheim, Michaelstraße: Samariterkursus.

Jungfrauenkongregation St. Joseph.

Am Mittwoch, den 13. Januar, abends 7 Uhr Nähgruppe für die Armen. Donnerstagabend 7¼ Uhr Eucharistische Gruppe.

Gesellschaft Erholung:

Samstag, den 16. 1. 1926, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

T.-O.: Neu- und Ergänzungswahl des Unhaltungs-Ausschusses.

Der Vorstand.

Klein-Auto,

2-Sitzer, mit gr. Notsitz, 6/18 PS., offen, in tadellosem Zustand, günstig zu verkaufen.

Anfr. u. **T 572** an die Annonc.-Exp. **D. Schürmann, Düsseldorf.**

Möbel kauft man gut und preiswert beim Schreinermeister

Jos. Hilbraih, Neuß.

Clarissenstr. 12. Tel. 1467

Bequeme Zahlungserleichter

Pelz verloren von Grefrath-Löveling bis Holzheim Nordstraße 10 geg. Belohnung abzugeb.

Gestohlen wurde Samst. ein d. braun. **H.-Anzug** m. rot. Streifen u. blauer **H.-Rock mit Weste**, enthaltend 1 Briefm. geg. 1—3 71435 m. Papier u. beleg. R.-Päße. Vor Ank. wird gewarnt. Näheres Brandgasse 4.

Frau Wwe. Kleinken

Herr Josef Heinrichs in Hemmerden fand meine Handtasche m. M. 73.— Barinh. u. a. m. und lieferte mir dieselbe treu u. ehrlich ab. Für seine Ehrlichk. möchte ich ihm hierm vochm. danken

Ruth Reißmüller, Neuß.

Herren-Brillant-Ring gefunden

Abzuh. geg. Erstatt. d. Unkosten. **Kanalstr. 25.**

Am Montag, den 18. Januar

Anfang des Inventur-Ausverkaufes!!

Alle, die von meinem Inventurausverkauf noch nicht profitiert haben, tun gut in dieser Woche noch zuzugreifen. Folgende Posten sind ausserdem ausgelegt:

Prachtvolle Schotten-Kleiderstoffe 2.75 2.25 1.95 1.45 1.25

Ein Posten **Schlupfhosen für Damen** in allen Farben. 1.70, 1.60, 1.50, 1.50, 1.40, 1.30, 1.20, 1.10, — 0.95

Ein Posten **schöner Cravatten und Selbstbinder** 1.50, 1.10, 0.85, — 0.65

Ein Posten **Apachen-Schals** hochaparte Neuheiten. 4.50, 3.75, 3.50, 3.25, — 1.95

Ein Posten **Herren-Oberhemden** gute Muster, frische Ware. 5.90, — 3.90

Ein Posten **Herren-Hüte** farbig und schwarz. 7.90, 6.90, 5.90, 4.75, — 4.50

Ein Posten **Herren-Mützen** in guten Stoffen und schönen Mustern. 3.90, 2.80, 1.75, 1.00, — 0.95

Ein Posten **Taillen-Kleider** neue frische Ware. Gabardine, Woll. Rips, Schotten. 29.50, 24.50, 19.75, 15.75, — 9.75

Ein Posten **Damen-Mäntel** gute Qualitäten, neue Formen. Zum Aussuchen . . . . . 29.50, 19.50, — 9.75

Ein Posten **Damen-Schürzen** moderne Jumperform. Satin, Siamosen etc. 3.00, 2.50, 1.95, 1.55, 1.25, — 0.95

Sämtliche Pelzwaren werden trotz der schon weit reduzierten Preise mit einem **Extra-Rabatt** von 20% verkauft.

Ia. Velour-Damenhüte

früher	45.—	35.—	25.—
jetzt	24.—	19.50	14.—

Von allen seit Anfang des Inventur-Ausverkaufes ausgelegten Posten sind noch Vorräte vorhanden, wovon die Preise ersichtlich sind.

Nuß, Markt **Rud. vom Endt,** Nuß, Markt

Ausstattungshaus (122. Jahrgang).

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute abend gegen 7½ Uhr meinen lieben Mann, unsern guten Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager, Onkel und Vetter

Herrn Jacob Tosetti

nach längerem schweren Leiden, wiederholt versehen mit den heiligen Sterbesakramenten der röm.-kathol. Kirche, im Alter von 71 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

Neuss, Köln, den 12. Januar 1926.

Elise Tosetti geb. **Heinemann**
Dr. med. Pet. Tosetti und Frau Dr. med. Luise Tosetti geb. **Ziegler**
Lilly Tosetti
Klaus Tosetti als Enkel.

Die feierlichen Exequien werden am Samstag, den 16. Januar, vormittags 9 Uhr in der Münsterkirche zu Neuss gehalten, die Beerdigung findet im Anschlusse daran vom Sterbehause, Oberstr. 47, aus statt.

Man bittet von Beileidsbesuchen und Kranzspenden abzusehen.

Neusser Treuhand- und Revisionsgesellschaft m. b. H.
Neuss a. Rhein

Büro: vorerst noch Josefstr. 7 pt.
Telefon 1725.

*

Aussergerichtliche Vergleiche zur **Vermeidung von Geschäftsaufsicht und Konkurs.**
Sanierung, Liquidation u. Umwandlung von Unternehmen.
Vermögensverwaltung.
Bilanzen und Revisionen. Organisation u. Reorganisation in Industrie und Handel. Steuerberatung.
Interessenvertretung. Erstattung von Gutachten.
Nachlassregulierung.

*

Wir haben zum Geschäftsführer unserer Gesellschaft

Herrn Fritz Beck

bestellt und bitten das uns bisher entgegengebrachte Vertrauen auch auf den neuen Geschäftsführer zu übertragen.

Übler Mundgeruch
wirkt abstoßend. Häßlich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden sofort in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die Zahnpaste **Chlorodont.** Überall zu haben.



Zu einer vernünftigen Zahnpflege gehört auch vor allem die beste und haltbarste Bürste, welche im Gebrauch auf die Dauer auch die billigste Bürste ist. Achten Sie deshalb beim Einkauf ganz besonders darauf, daß jeder Bürste die Bezeichnung

"Wilca – Garantie"

aufgeprägt ist. Sie haben dann die Gewißheit, daß Sie ein ganz erstklassiges Fabrikat kaufen, das seit über 25 Jahren im Handel ist und Sie nicht enttäuscht. Unsere Wilca-Garantie-Zahnbürsten können Sie in allen Apotheken und Drogerien in jeder gewünschten Form haben.

Wilhelm Cayenz G. m. b. H.,
Düsseldorf.

---

†

Das feierliche
Sechswochenamt
für unsere liebe, gute Mutter
Frau Wwe. Heinrich Hüsch
findet Donnerstag, den 14. Januar, morgens 9 Uhr in der Münsterkirche statt, wozu freundlichst einladet

Die Familie.

---

†

Das Sechswochenamt
für unsere teure Verstorbene
Frau Martha Kallen
findet Donnerstag morgen 8½ Uhr in der Marienkirche statt, wozu freundlichst einladet

Familie Josef Kallen.

Am Donnerstag, den 14. Januar, vormittags 7½ Uhr, findet im Alexianerkloster das
feierliche Sechswochenamt
für unseren lieben, unvergesslichen Sohn und Bruder, den wohlachtbaren Jüngling
Wilhelm Esser
statt, wozu hierdurch herzlichst einladet

Familie Andreas Esser.

Für größeren Garage-Betrieb wird sofort
energische, nüchterne Aufsichtsperson
gesucht. Bewerber, welche Schlosser gelernt haben, sich bereits auf Autoreparatur verstehen, selbst zuverlässig fahren und befähigt sind, größerer Belegschaft vorzustehen, wollen zunächst schriftliche Bewerbung mit ausführl. lückenl. Werdegang unt. P 15 an die Exped. d. Zeitung einreichen.

Ueber 120 Lehrlinge
sind Ostern 1926 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das **Städtische Waisenhaus in Köln,** Sülzgürtel 41, Post Klettenberg.

Verein der Aerzte der Kreise Neuss und Grevenbroich.
Dr. Wallenstein,
prakt. Arzt,
verzogen nach
Oberstrasse 112, paterre
Sprechstunden 9—11, 3—5. Fernruf 1954.

---

6 Wochen alte Schweine setzt ab **Herriger, Bergerhof b. Holzheim.**

Junge hochtrag. Kuh zu verkaufen. **Hülchrath Nr. 45.**

Wollen Sie

nicht enttäuscht sein, so kaufen Sie auch in der Inventurzeit nur Ware **erster** Qualität. — Trotz meiner bekannt billigen Preise gewähre ich auf meine hochwertigen Marken-Artikel, als

Strümpfe, Wäsche, Handschuhe etc.

sowie alle **Weiss- und Wollwaren** ohne Ausnahme

10% Rabatt.

Ferdinand Kraus, Neuss
Capitelstr. 18. – Dreikönigenstr. 8.

Sitzung der Stadtverordneten.

Hochwasserschäden und Erwerbslosenfürsorge. — Besuch des Oberpräsidenten. — 7000 Unterstützungsbedürftige. — Kommunistische Agitation. — Günstiger Abschluß der städtischen Betriebswerke. — Milchwirtschaft und Zuchtviehmärkte.

Neuß, den 13. Januar 1926.

Zum ersten Male im neuen Jahre waren gestern die Stadtverordneten im großen Saale des Rathauses unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Hüpper vereinigt. Die ganze furchtbare Not unserer Tage klang aus fast allen Punkten der Tagesordnung heraus. Sorge, wie die Hochwasserschäden zu regeln seien, wie der Not der Erwerbslosen gesteuert werden könne, woher die Mittel zu nehmen seien, um den 7000 Unterstützungsberechtigten zu helfen. Man sollte nun glauben, in solchen ernsten Tagen müßten doch alle, ohne Unterschied der Parteistellung, ihre Kraft einsetzen, um aus all diesen Schwierigkeiten einen Ausweg zu finden. Die Kommunisten hielten aber den Moment für günstig, um Reden zum Fenster hinaus zu halten und Agitation zu treiben. Selbstverständlich ist auch hier das böse Zentrum an allem schuld. Der Fraktionsführer des Zentrums machte die Kommunisten aber unter lebhafter Zustimmung mit Recht darauf aufmerksam, daß sie vom Reich gar nichts verlangen könnten, weil sie ihm grundsätzlich alle Steuern, also alle Einnahmen verweigerten; daß der Redner der Kommunisten Landtag und Reichstag verwechselte, dies nur nebenbei.

Der diesmalige Vielredner der Kommunisten schien überhaupt seinen guten Tag zu haben. Mit seinen oft komischen Darlegungen, die eigentlich eines Stadtvaters unwürdig und die man sonst nur in „gehobener" Stimmung erträglich findet, erregte er des öfteren Lachsalven. Doch auch das gehört zur Eigenart einer kommunistischen Fraktion. —

Wir wünschen der Verwaltung recht viel Erfolg zu der Ermächtigung um Aufnahme von Krediten zur Linderung der Hochwasserschäden und geben unseren größten leider leeren „Stadtsäckel" zur Füllung mit nach Berlin. Die Not ist groß. Hoffen wir — doch leider dürfen wir da nicht zu viel hoffen. Aber wir haben die Ueberzeugung, daß die Verwaltung alles tun wird, was in ihren Kräften steht. Dazu wird sie auch die Gelegenheit wahrnehmen, wenn dieser Tage der Herr Oberpräsident persönlich hier erscheint.

Der Betriebsbericht der städtischen Betriebswerke befriedigte. Berechtigt war der Antrag des Zentrums, der die durch Erwerbslosigkeit und Mittellosigkeit der Mieter benachteiligten Hausbesitzer von ungerechten Härten befreien sollte. Das ist ein Unrecht — das muß beseitigt werden. Möge der Antrag von der Betriebsdeputation ernstlich geprüft und Unrechtes aus dem Wege geschafft werden, zumal es sich nicht um eine so ungeheure Summe handelt. Die ganze Frage der Betriebsdeputation soll nächstens gründlich geprüft und verhandelt werden. Das scheint nötig zu sein!

Auch die Arbeitslosigkeit nimmt in erschreckendem Maße zu. Die Stadt kann kaum mehr aus eigenen Mitteln etwas tun. Daß sie auch in dieser Frage besondere Maßnahmen von oben durch Aufttrag des Stadtrats verlangen muß, ist selbstverständlich. In dieser Frage hätte man Einstimmigkeit erwarten dürfen. Die Kommunisten lehnten ab. Theorie und Praxis! Die Sozialdemokraten stimmten nicht mit dafür, weil ihr spezialisierter Antrag nicht durchging; dieser aber war überflüssig, weil der beschlossene Antrag alles enthielt. Diese Begründung der Stimmenthaltung seitens der Sozialisten in einem gegen die Arbeitslosigkeit gestellten Antrag werden die Arbeiter nicht verstehen.

Eine lange Debatte entspann sich um die Einrichtung der Milchviehwirtschaft. Herr Dr. Dheil betont die ideelle und sanitäre Seite. Die Darlegungen aus dem Munde des Landwirten, der aus der Praxis der Landwirtschaft heraus sprach, stellte die erhofften Vorteile zum mindesten in Zweifel, da der Versuch infolge Unrentabilität scheitern müsse. Und dann hätte die Stadt den Schaden zu tragen. Deshalb war der Vertagungsantrag des Zentrums bis zur Uebersichtlichkeit der Frage der rechte Ausweg. Landwirtschaft, Stadt und Händler müssen die Frage zusammen prüfen und zum Besten der Allgemeinheit entscheiden. Ebenso in der Frage des Zuchtviehmarktes.

✣

Der Vorsitzende schlägt vor, die ersten acht Punkte der Tagesordnung in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Stadtv. Dr. Dheil (Dem.) bittet, auch die Position „Verpachtung von Stallungen" in öffentlicher Sitzung zu beschließen. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Stadtv. Rinke (Soz.) bittet um Auskunft über die schriftlich vorliegenden Beschuldigungen gegen einen Betriebsbeamten.

Vorsitzender: Man könne daraus auch vielleicht einen Beleidigungsprozeß machen. Die Sache müsse erst untersucht werden. Morgen sei er bereit, den Fraktionsführern Auskunft zu geben.

Einführung neuer Stadtverordneten.

Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis von der Mandatsniederlegung der Stadtverordneten Hilgers und Goertz von der deutschen Volkspartei und der Stadtverordneten Römmer und Minten von der Deutschnationalen Volkspartei. Als Ersatzleute für die ausgeschiedenen Stadtverordneten werden: 1. der Architekt Robert Strerath (D. Vp.), 2. der Telegraphen-Obersekretär August Reinhardt (D. Vp.); 3. der Fabrikant Bernhard Rühl (Dnatl. Vp.), der Abteilungsvorsteher Walter Weimar (Dnatl. Vp.) vom Vorsitzenden nach den Vorschriften des § 19 des Gesetzes betr. vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 18. Juli 1919 eingeführt und verpflichtet.

Der Vorsitzende dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Tätigkeit und machte die neu eingeführten Stadtverordneten darauf aufmerksam, daß sie nur das Interesse der Stadt im Auge zu behalten hätten. Er heißt sie dann herzlich willkommen.

*

Vorsitzender: Es sei dann noch folgender Antrag der Zentrumsfraktion eingegangen:

1. Antrag.

„Das Wassergeld ist für 1925 auf Antrag in allen solchen Fällen, in welchen der Mieter infolge Erwerbslosigkeit oder Mittellosigkeit keine oder nur teilweise Miete zahlen konnte, im ersten Falle ganz, im letzten Falle anteilnahm niedergeschlagen. Die Beträge, die in diesen Fällen in den Jahren 1923 bis 1925 inkl. zwangsweise eingetrieben wurden, sind den Vermietern auf das laufende und kommende Rechnungsjahr gutzuschreiben. (Derselbe Antrag wird für das kommende Etatsjahr gestellt."

2. Antrag.

„Die für bedürftige Vermieter ausgeworfenen 10 000 Mark sind wegen der Notlage diesen Vermietern beschleunigt auszuzahlen."

Der Antrag sei zwar erst soeben eingegangen. Er mache auch darauf aufmerksam, daß betr. des Wassergeldes die Betriebsdeputation zuständig sei.

Stadtv. Raederscheidt (Ztr.): Der Antrag sei vormittags schon an die Stadtverwaltung abgegangen.

Einsprüche werden nicht erhoben.

Hochwasserschäden.

Vorsitzender: Er habe gehofft, die erste Sitzung der Stadtverordneten im Jahre 1926 mit einer andern Tagesordnung eröffnen zu können. Durch die Hochwasserkatastrophe sei es anders gekommen. Seit dem Jahre 1784 habe unsere Gegend ein Hochwasser in solchem Umfange nicht erlebt. Der Pegelstand sei hier sogar um 26 Zentimeter höher gewesen als im Jahre 1920. Durch den großen Dammbruch seien die Schäden damals allerdings zwanzigfach größer gewesen. Diesmal habe die Stadt vier kleine Dammbrüche zu verzeichnen gehabt. Ein Damm an der Kölnerstraße, der bestimmt sei, die Rückstau des Hochwassers abzuhalten, und drei an Ringbahndämmen und an der Dammböschung des dritten Hafenbeckens. Der der Stadt selbst entstandene Schaden sei auf 200 000 Mark veranschlagt. Mit dieser Summe hoffe man, die öffentlichen Schäden ersetzen zu können. Was in einem Zeitungsartikel über den Schaden am dritten Hafenbecken gesagt werde, der bei Einhaltung des Projektes Rittelmann zu vermeiden gewesen sei, wäre ihm nicht klar geworden. Durch die kleine Aenderung in dem Projekt sei kein Pfennig mehr verloren gegangen.

Weiter käme der Schaden der Industrie in Betracht, der auf 800 000 Mark bis 1 Million beziffert werde. Die Schäden des Reitervereins seien darin noch nicht einbegriffen, sie ließen sich erst nach Ablauf des Wassers feststellen. Dazu kämen Schäden der Privatleute, die unter der Ueberschwemmung gelitten haben. Deren Schäden seien auf 100 000 Mark zu beziffern. Das seien im ganzen 1 300 000 Mark, gegen viele Millionen im Jahre 1920. Die Stadt Neuß sei also mit einem blauen Auge davon gekommen. Eine Kreiskommission und fünf Einzelkommissionen würden die Schäden feststellen. Allen, die bei der Hochwasserkatastrophe so wackere Hilfe geleistet und Tag und Nacht bereit gewesen seien, dem Tiefbauamt, der Polizei und der Feuerwehr danke er dafür herzlich. Wie sollen diese Schäden nun ersetzt werden? Früher haben sich Reich, Staat und Gemeinde zu je einem Drittel in die Summe geteilt. Das sei heute leider nicht mehr möglich. Die Kommunen können ihren eigenen Schaden nicht mehr ersetzen. Von der Regierung sei ihm gesagt worden, daß die Stadt nur ein Zehntel der Staatsbeihilfe geben solle. Er sehe bei dem allgemeinen Geldmangel sehr pessimistisch. Habe doch der Regierungsbezirk Düsseldorf allein 14 Millionen Schaden angemeldet. Von 800 000 Mark Staatsspende habe Neuß 3000 Mark bis jetzt bekommen und 20 000 Mark seien in Aussicht gestellt. Die Landesbank habe 2 Millionen langfristige Anleihen beschlossen. Die Regierung habe die Unterstützung der Landkreise, die ihre Schäden nicht tragen könnten, warm befürwortet. Die Arbeiten an den Dämmen der Stadt müßten unter allen Umständen gemacht werden, weil in einigen Wochen wieder Hochwasser eintreten könne und die Ringbahndämme befahren werden müßten. Er bitte ihn zu ermächtigen, bei der Landesbank ein Darlehen dafür aufzunehmen. Die drei Monatssätze würden verlängert werden. Ein anderer Weg sei nicht gangbar. Den kleinen Leuten würden von der Stadt ihre Schäden ersetzt werden. Bezüglich des Ersatzes der Schäden der Industrie sehe er pessimistisch. Der Herr Oberpräsident habe sich für Donnerstag morgen angesagt und werde sich von den Schäden persönlich überzeugen können.

Stadtv. Heurich (Zentr.) äußert Bedenken, ob die Reichs- und Staatshilfen dadurch nicht beeinträchtigt werden können.

Der Vorsitzende hält dies nicht für möglich. Die Kommissionen seien übrigens nur zur Feststellung der Schäden da.

Stadtv. Arenbrust (Komm.): Er habe in der Ausführung des Oberbürgermeisters den Lohnausfall für die vom Hochwasser an der Arbeit behinderten Arbeiter vermißt. Das Reich habe doch Geld für Fürstenabfindungen, da könne auch etwas Durchgreifendes für die Erwerbslosen geschehen. Er beantrage bei den zuständigen Instanzen vorstellig zu werden, damit die Arbeiten für die Dämme 2c. baldigst in Angriff genommen würden.

Vorsitzender: Er habe sehr wohl der Schäden gedacht, die auch den kleinen Leuten bei dem Hochwasser entstanden seien. Mit der Regierung solle daher in der Frage besonders beraten werden.

Stadtv. Linden (D. Vp.): Es müsse auch darauf gehalten werden, daß die Einrichtungen gegen Hochwasserschäden ständig geprüft würden. So hätten in der Industriestraße die Rückschlagsventile versagt. Er möchte dann noch fragen, ob die früheren Darlehn zurückgefordert worden seien.

Vorsitzender bittet, diese Frage jetzt nicht anzuschneiden. Es sollen auch noch andere Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, Bereitstellung von Autos mit Sandsäcken 2c. Daß in der Industriestraße der Rückstau versagt habe, sei ihm nicht bekannt.

Stadtv. Grunau (Ztr.) macht darauf aufmerksam, daß auch die Industrie wegen ihrer mißlichen Lage nicht mehr ein Drittel der Schäden tragen könne.

Vorsitzender: Nur Kommunen sollen ein Zehntel der Staatsbeihilfen geben.

Der Antrag des Vorsitzenden, ihn zu einer Anleihe bei der Landesbank für die Hochwasserschäden zu ermächtigen, wird angenommen.

Kreditbewilligungen.

Beig. Goertz: Für Winterhilfsmaßnahmen seien 105 000 Mark bewilligt worden, davon seien 50 000 Mk. für Unterstützung zu Weihnachten bestimmt gewesen. Man habe geglaubt, damit auskommen zu können, es habe sich damals um 4800 Köpfe gehandelt, also um jeden zehnten Einwohner, der unterstützt werden soll. Heute seien es 7000 Köpfe, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen seien, also jede sechste Person. Die 105 000 Mark seien deshalb nicht ausreichend gewesen. Der Notstand sei so groß geworden, daß man über die bewilligte Summe habe hinausgehen müssen. In der Weihnachtswoche seien an Wäsche, Lebensmittel usw. 70 000 Mark ausgegeben worden, in der Dreikönigenwoche 22 000 Mark, zusammen 92 000 Mark. Das seien 42 000 Mark mehr als bewilligt worden. Er bitte, diesen Betrag nachträglich zu bewilligen. Auch fernerhin werde es ernste Sorge der Stadtverwaltung sein, die Not zu lindern.

Vorsitzender: Die fehlende Summe hoffen wir aus Sparmaßnahmen decken zu können. An allen Ecken sei gespart worden, auf manchen Gebieten seien die Ausgaben sogar gedrosselt worden. Kommunalpolitisch sei das zwar nicht richtig. Weitere Summen aus Sparmaßnahmen zu decken, sei aber nicht mehr möglich.

Die Nachkredite werden bewilligt.

Forderung besonderer Maßnahmen der Reichs- und Staatsregierung zur Bekämpfung und Milderung der Arbeitslosigkeit.

Es lag folgender Beschlußantrag der Verwaltung vor:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht nach eingehender Erörterung der zu den größten Besorgnissen Anlaß gebenden Entwicklung des Arbeitsmarktes den Herrn Oberbürgermeister, unverzüglich bei der Reichs- und Staatsregierung erneut vorstellig zu werden:

1. Der zunehmenden Arbeitslosigkeit sofort entgegenzuwirken: a) durch Beschäftigung der gefährdeten Industrien, sowohl durch direkte Reichs- und Staatsaufträge als auch durch Kredithilfe zu angemessenen Bedingungen an kommunale Verbände, die bereit sind, Aufträge sofort zu vergeben; b) durch Ausführung von Notstandsarbeiten durch Reich und Staat selbst und durch Erleichterung der Kreditgewährung an die kommunalen Träger der Notstandsarbeiten unter Abänderung der diese Arbeiten zurzeit erschwerenden Bedingungen.

2. Eine der Not und Teuerung entsprechende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze erneut zu prüfen, dabei auch der Notlage der stark anwachsenden Zahl der Kurzarbeiter Rechnung zu tragen und durch Aenderung der Bestimmungen über die Gewährung einer einmaligen Sonderunterstützung an die durch den Ruhrkampf dauernd geschädigten Angestellten und Arbeiter den Kreis der zu Bedenkenden den wirklichen Verhältnissen anzupassen.

Der Vorsitzende bemerkt noch dazu, daß der Antrag bezwecke, der Not durch Arbeitbeschaffung abzuhelfen.

Stadtv. Rinke (Soz.) bringt einen Zusatzantrag ein, der den Antrag der Verwaltung erweitern soll. Darin wird die Erhöhung der Hauptunterstützungssätze und der Familienzuschläge um 50 Prozent, Zahlung der Erwerbslosenunterstützung vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit, sofortige Unterstützung für Kurzarbeiter 2c. verlangt. Um einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen, lege erhauptsächlich auf die oben genannten Forderungen Gewicht. Es soll dadurch ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden, die an Deserteure und Bankrotteure große Summen zahlen wolle. Auch Kleinmeister und Geschäftsleute seien in Not.

Vorsitzender: Er nehme an, daß Herr Rinke mit seinen Ausführungen niemanden habe beleidigen wollen. Der Antrag Rinke gehe über unsere Kompetenz hinaus.

Stadtv. Raederscheidt (Ztr.): Er bitte, es bei dem Antrag, wie er in der Finanzkommission vorgelegt und beschlossen worden sei, zu belassen. Dieser Antrag enthalte ja die Forderungen des Herrn Rinke. Bei einer großen Aktion, die Eindruck bei der Regierung machen solle, dürfe man sich nicht in Einzelheiten verlieren, sonst sei eine Zersplitterung zu befürchten. Praktisch werde durch den Antrag Rinke auch nichts mehr erreicht. Der Antrag der Verwaltung entspräche den in Köln vereinbarten Bestimmungen. Auch hier soll für die Erwerbslosen alles geschehen. Es gelte aber, beim Reich Eindruck zu machen. Wenn von diesem nicht Hilfe komme, werde bald die Stadt wie anderwärts am Ende der Kräfte sein.

Stadtv. Arenbrust (Komm.) sucht dem Zentrum einen Vorwurf zu machen, es habe im Landtag (!) nicht für die 30prozentige Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge gestimmt. Die Erwerbslosigkeit sei eine Mache des Unternehmertums usw.

Stadtv. Raederscheidt (Ztr.): Es sei bedauerlich, daß hier die Parteipolitik von dem Vorredner in die Debatte geworfen worden sei. Die Kommunisten stellten immer Forderungen auf, aber sie hätten gar kein Recht, etwas zu fordern, weil sie dem Reich sämtliche Steuern verweigerten. (Sehr richtig!) Auch habe nicht der Landtag, wie der Vorredner meine, sondern der Reichstag über die Erwerbslosensätze zu beschließen. Herr Arenbrust möge sich aber einmal überzeugen, ein wie kleiner Bruchteil der Reichstagsabgeordneten vom Zentrum gestellt werde.

Goldengel von Köln.

Kulturgeschichtlicher Roman aus Kölns Franzosenzeit.
Neu herausgegeben von Franz Bender.

62) Von Ernst Pasque.

Pitt schaute mit dem pfiffigsten Ausdruck, den er seinen plumpen Zügen zu geben vermochte, den Sprecher an.

„In wenigen Tagen, sobald ich es Euch heißen werde, nicht früher, sollt Ihr alles das, was wir jetzt gesprochen, den beiden Herren erzählen, vor all den Zeugen wiederholen, die ich Euch dann nennen werde. Dann erhaltet Ihr gegen das Dokument, welches Ihr mir ausliefern werdet, die tausend Franken, zu denen ich noch ein paar tüchtige Hände voll Kronentaler fügen werde, wenn Ihr Euch in allem klug und zu meiner Zufriedenheit benommen. Für jetzt haltet Ihr über den ganzen Kram das Maul und redet mit niemanden mehr darüber."

Dabei reichte er dem Bauer die Hand, der sie in der Freude seines Herzens urkräftig drückte. Stolz wie ein König, sich der Allergescheiteste aller Gescheiten dünkend, verließ Pitt das Giersbergsche Haus.

Dessen Besitzer aber fühlte sich von einer wahrhaft drückenden Last befreit. Er brauchte Afrom nicht mehr, dessen Verderben er schon vollständig bei sich beschlossen hatte.

*

Gegen vier Uhr nachmittags brach Giersberg, gekleidet wie gestern, auf, um nach der Sternengasse zu gehen.

In dem Hause des Herrn von Molenaar war während dieser Zeit etwas gar Sonderbares geschehen.

Giersberg traf die Bewohner in größter Aufregung. Die sonst so stille Straße war ziemlich gefüllt mit Menschen, die neugierig den Eingang umstanden und sich merkwürdige und ungeheuerliche Geschichten zuraunten.

Jungfer Billchen hatte gegen den alten Bettler von der Stunde an, da er auf so sonderbare Weise in ihr Haus gekommen, eine tiefe Abneigung empfunden. Schon einige Male hatte sie den Alten auf der Treppe kauernd gefunden und bemerkt, daß er sich mit irgend etwas sehr angelegentlich beschäftigte, doch sofort damit aufzuhören, schien, wenn er sich beobachtet glaubte. Heute aber, wo ihr Herz von Aerger und Zorn schier überfüllt war und sie nach Tisch den Alten wieder auf seinem Plätzchen im Dunkel der nach oben führenden Treppe angetroffen, erweckte dies stille Treiben ihre besondere Neugierde.

Der alte Mann schien etwas sehr aufmerksam zu betrachten. Je länger und schärfer Billchen hinschaute, je mehr ihr Auge sich an das Dunkel des Ortes gewöhnte, je deutlicher glaubte sie ein leichtes Schimmern und Blitzen zu erkennen.

„Mein Kreuz!" schrie sie im nächsten Augenblick mit gellend kreischender Stimme. Sie schnellte empor auf den Alten zu, ihm das Kreuzchen aus den Händen reißend. Dieser schaute erschrocken auf, doch ließ er das Schmuckstück widerstandslos fahren. Es war das kleine Goldkreuz, welches Billchen im Pantaleonswingert gestohlen worden war. In einer Flut von Scheltworten erging sich die Zornige. Nach der Polizei rief sie mit gellenden Tönen, die auf der Gasse gehört wurden und verschiedene Passanten zum Stehenbleiben und Horchen veranlaßten. Herr Hilger und Goldengel suchten die Wütende zu beschwichtigen, die ihr Kreuzchen immerfort hoch emporhielt und in dem Alten den frechen Dieb verwünschte, der es ihr gestohlen.

Die alte Bärbel wähnte nichts Gescheiteres tun zu können als dem Rufen der Jungfer Billchen nach der Polizei nachzukommen. Ehe Herr Hilger es bemerkt hatte, war sie die Treppe hinab- und hinausgelaufen, den vor dem Hause weilenden Gaffern rasch den gräßlichen Vorfall mitteilend und daß der freche Gaudieb alsbald von der Polizei, die sie zu avertieren laufe, festgenommen werden würde.

Der alte Mann saß unterdessen teilnahmlos da. Goldengel, die sich anfänglich mit ihm beschäftigte, hatte dann ihre Bemühungen mit denen des Vaters vereint, um die aufgeregte Schwester zur Vernunft zu bringen. Im nächsten Augenblick erschien denn auch, von der atemlos daherkeuchenden Bärbel geleitet, der französische Polizeikommissar des Viertels, Herr Schöning, mit seiner dreifarbigen Schärpe angetan und gefolgt von zwei handfesten Dienern, vor dem zu Tod erschrockenen Herrn v. Molenaar und seiner Tochter.

Der Kommissar wußte soweit alles, was vorgegangen. Bärbels Mundwerk hatte bereits das Nötige besorgt. Beim Anblick des alten Mannes stieß Herr Schöning einen Ruf freudiger Ueberraschung aus und gab seinen Leuten Befehl, denselben vor der Hand auf das strengste zu bewachen. Dann trat er auf den Hausherrn zu und forderte ihn auf, ihm den Hergang der Sache auf das genaueste mitzuteilen.

Herr Hilger hieß den Beamten in die Stube treten und folgte ihm mit Billchen, während Goldengel mit Tränen in den schönen Augen auf den armen Mann schaute, an dessen Schuld sie nicht glauben konnte, obgleich sie sich auch nicht zu enträtseln vermochte, auf welche Weise das Kreuzchen der Schwester in seine Hände gekommen. In dem Wingert hatte sie den Mann nicht, wie überhaupt sonst noch nie und nirgends gesehen: er mußte das Schmuckstück wohl gefunden haben, nachdem der eigentliche Dieb es verloren. Sie hoffte noch immer für den alten Mann, der ruhig, als ob nichts vorgefallen, auf der Treppe zwischen seinen beiden Wächtern sitzen blieb, und trat in das Zimmer, um, wenn nötig, für ihn zu reden.

Das aber war schon nicht mehr möglich, denn Billchen hatte bereits auf ihre Weise erzählt, was vorgegangen und wie der Alte nächtlicher- und höchst verdächtigerweise ins Haus gekommen. Recht wohlgefällig lächelnd, als ob ihm ein kostbarer Fang gelungen, hörte der Kommissar Schöning die Mitteilung des redseligen Mädchens an. Nun befahl er, den Delinquenten in die Stube zu bringen, um ein vorläufiges Verhör mit ihm anzustellen. Dies geschah.

In demselben Augenblick betrat Giersberg das Haus und darauf das Zimmer, wo die sämtlichen Personen versammelt waren.

Billchen eilte auf ihn zu und erzählte ihm mit unverhohlener Schadenfreude, wie der böse verstockte Mensch, der gestern den räuberischen Angriff auf den Silbervreif gewagt, als Dieb entlarvt worden sei und nun seiner Strafe nicht entgehen würde. Sie zeigte ihm das kleine wiedergewonnene Kreuz.

Ziemlich teilnahmlos hörte Giersberg ihr zu. Was kümmerte ihn das alles, das Kreuz des langen Mädchens! Er grüßte die Anwesenden flüchtig und hörte dann mit mehr Teilnahme den Verhandlungen des Polizeikommissars mit dem weißhaarigen Manne zu.

Der Beamte richtete allerlei Fragen an den Alten, die dieser jedoch nicht beantwortete, wohl nicht zu beantworten imstande war, ja nicht einmal zu hören schien. Fast regungslos stand er da, und nur dann und wann ließ er den matten Blick, dem eine tiefe Traurigkeit innewohnte, von dem einen zu dem andern schweifen und besonders lange auf Goldengel ruhen. Der Kommissar schien durch dies Gebaren keineswegs von der Unzurechnungsfähigkeit des Mannes überzeugt zu sein, sondern eher an eine etwaige Verstellung desselben zu glauben. Endlich forderte er seine Leute auf, den Alten genau zu visitieren, zugleich die Hausbewohner um Entschuldigung bittend, daß er solches in ihrer Gegenwart vornehmen lasse, wozu er indessen genötigt sei.

Die beiden Polizeidiener griffen derb zu und begannen, dem Alten die Kleider fürs auszuziehen, teils bis auf die Schuhe zu durchsuchen. Der Alte sträubte sich nicht, geduldig ließ er alles mit sich machen. Nur als einer der Suchenden seine Brust betastete, schrie er mit seinen rauhen Lauten jäh auf, die Hände griffen zuckend nach einer Stelle, wo der Polizeidiener etwas Verdächtiges gespürt haben mochte. Ein kurzer Kampf erhob sich zwischen den beiden, der natürlich bald mit dem Siege des Polizeimannes endete.

Dieser hatte zwei Gegenstände erbeutet, die er nun emporhielt: ein schwerer goldener Ring mit violetten und weißen Edelsteinen verziert, welche eine Dreifaltigkeitsblume bildeten, und ein kleiner buntgestickter Kinderschuh, verblichen und zerdrückt. Nach kurzer Besichtigung wurde er von dem Kommissar als nicht der Beachtung wert beiseite geworfen. (Fortsetzung folgt.)

Stadtv. Rinke (Soz.): Er sei nicht der Ansicht, daß der sozialdemokratische Antrag fallen könne, dieser sei präziser als der andere. (Raederscheidt: Ihre spezialisierten Anträge sind alle darin enthalten.) Die Unterstützung für Kurzarbeiter steht nicht darin. (Raederscheidt: Auch diese ist darin enthalten.) Er bitte, seinen Antrag anzunehmen und in Berlin mal gründlich auf den Tisch zu klopfen.

Vorsitzender: Am besten mache ich Sie ja zu meinem persönlichen Adjutanten bei der Reise. (Heiterkeit.)

Dann wurde der Verwaltungsvorschlag mit 17 Stimmen Mehrheit angenommen.

Stadtv. Gallas (Soz.): Sie hätten nicht mitgestimmt, weil der Antrag ihnen nicht weit genug ginge, nicht weil sie dagegen seien.

Der Vorsitzende bittet, Punkt 2 des sozialdemokratischen Antrages — Mittel für größere Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen — zurückzustellen. Die Verwaltung würde alles auf dem Gebiete tun. Außerdem könne man ja jeden Augenblick darüber sprechen, wenn es erforderlich sei. Ebenso sei es mit dem 3. Punkt betr. Schulspeisung. Dazu habe man es sich damit sehr leicht gemacht. Deckungsvorschläge seien nicht gemacht. (Rinke: Sprechen Sie weiter!) Ich bin fertig.

Stadtv. Rinke (Soz.): Auch er wisse, daß viel getan würde. Es müsse aber noch mehr getan werden. Woher die Gelder kämen, darüber nachzudenken, sei Sache der Stadtverwaltung. (Zuruf: Auch der Stadtväter!) Arbeit gebe es genug bei den Straßen und bei den Bauten. Dann müsse eben eine Anleihe gesucht werden. Die Kinderspeisung müsse kommen, damit aus ihnen brauchbare Menschen würden. Manche hätten kein Brot zur Schule. Vielleicht könne der Vorsitzende auch mal einen Bettelbrief an die reichen Leute schicken.

Vorsitzender: Er bitte nochmals, Punkt 2 zurückzuziehen. 450 000 Mark seien gestellt worden, aber noch nicht verbaut. Es ginge doch nicht an, trotzdem noch höher zu gehen. Ebenso möge man Punkt 3 zurückziehen, zumal er schon in der Wohlfahrtskommission beraten werde.

Stadtv. Rinke (Soz.): Dann ziehe er den Antrag zurück.

Kommissionswahlen.

Es werden gewählt: 1. als Mitglied des Sparkassenvorstandes an Stelle des zurückgetretenen Stadtverordneten Hilgers der Stadtv. Reinhardt, 2. als Mitglied der Betriebsdeputation an Stelle des zurückgetretenenen Mitgliedes Goertz der Stadtv. Linden, 3. als Mitglieder des Stadtausschusses an Stelle der Mitglieder Direktor Wilh. Stumm und Schankwirt J. Schriddels, die am 1. Januar 1926 turnusgemäß ausschieden, die Herren Jakob Schriddels (Soz.), Büsges (Zentr.), Stangen (D. Vp.), 4. als Mitglieder des Kuratoriums der Krawattenfachschule die Herren Gallas (Soz.), Dickers (Komm), Frau Thywissen - Dorsemagen (Zentr.), 5. als Beisitzer bezw. stellvertr. Beisitzer des Mieteinigungsamtes, a) aus Hausbesitzerkreisen: Beisitzer: Franz Klingen, Breitestraße 119, Heinrich Knopf, Oberstraße 67, Wilhelm Dickmann, Josefstraße 9, Frau Wilhelm Helfrich, Jostenallee 54. Stellvertreter: Kaspar Herr, Kapitelstraße 70, Josef Berg, Burgunderstraße 22, Theodor Ruyten, Venloerstr. 62, Wilh. Roos, Preußenstraße 92; b) aus Vermieterkreisen: Beisitzer: Wilh. Knümann, Kapitelstraße 67a, Karl Rinke, Erftstraße 8, Heinrich Spelter, Kettelerstraße 22, Gustav Pertz, Hermannstr. 1; Stellvertreter: Peter Gallas, Krefelderstraße 34, Paul Uhr, Kamillianerstraße 1, Frau Holl, Kolpingstraße, Math. Ettelbrück, Clarissenstraße.

Beteiligung an der Rheinischen Verkehrsgesellschaft.

Vorsitzender: Der Punkt habe schon oft auf der Tagesordnung gestanden. Es handele sich um die Dachgesellschaft. Damals habe man eine Beteiligung von 20 000 Mark beschlossen. Köln habe für Neuß 25 000 Mark errechnet. Die Verwaltung schlage vor, es bei 20 000 Mark zu belassen.

Stadtv. Raederscheidt (Ztr.): Auch seine Fraktion sei dafür, es bei 20 000 Mark zu belassen. Er frage, wie es mit der Mitteilung aussähe, welche Schritte die Eisenbahn in dieser Angelegenheit zu tun gedenke.

Vorsitzender: Er habe das noch nicht gelesen Die Bahn wolle die Güter, die unter 30 Kilometer Beförderungsweg blieben, abstoßen u. den Transport dieser Güter einer größeren Autogesellschaft übertragen. Viele Städte hätten sich darum beworben. Köln habe es fertig gebracht, allein einen Vertrag zustande zu bringen. In Zukunft verhandele die Bahn nur mit der Dachgesellschaft. Die Beteiligten hätten den Vorteil davon und die anderen würden auf die Dauer so zum Beitritt gezwungen. In Berlin liefe man zwar Sturm dagegen, es habe aber den Anschein, als ob Düsseldorf sich mit Köln einigen würde.

Dann wurde beschlossen, es bei 20 000 Mark zu belassen.

Polizeiverordnung und Abkommen mit der Abdeckerei Kühleheide.

Vorsitzender: Der Vertrag laufe 1. Jan. 1926 ab und müsse neu beschlossen werden. Er enthalte nichts Neues.

Der Verlängerung des Vertrages wurde zugestimmt.

Beriebsbericht der städtischen Betriebswerke.

Beig. v. Hansemann: Der Bericht sei allen zugegangen und auch durch die Presse bekannt geworden. Mit dem Ergebnis könne man wohl zufrieden sein. 1925 hätten manche Fortschritte angehalten, die Straßenbahn sei instandgesetzt und so ausgebaut, daß sie wichtigen Verkehrsbedingungen genüge. Vielfachen Wünschen betr. Verbesserung der Gas- und Wasserversorgung seien nur teilweise in Erfüllung gegangen, trotzdem aus laufenden Mitteln viel hineingesteckt worden sei. Eine bessere Lage in schwebenden Anleiheverhandlungen sei kaum zu erwarten. Manches müsse man deshalb auch mit Rücksicht auf die Lage des Kreditmarktes zurückstellen, so auch die Niedrighaltung der Gebühren.

Stadtv. Arenbrust (Komm.): Er müsse sich beschweren, daß seine Fraktion als die zweitstärkste in dieser Kommission nicht vertreten sei. Sie sei undemokratisch zusammengesetzt.

Stadtv. Heurich (Zentr.): Er müsse hier auf den Antrag des Zentrums verweisen. Es sei doch unbillig und unrecht, vom Hausbesitzer Wassergeld einzufordern, wo der Mieter keine Miete zahlen könne infolge Erwerbslosigkeit oder Mittellosigkeit. In diesem Falle müsse es doch entsprechend niedergeschlagen werden. Die Beträge, die in diesen Fällen in den Jahren 1923 bis 1925 zwangsweise eingetrieben wurden, müßten den Vermietern auf das laufende und kommende Rechnungsjahr gutgeschrieben werden.

Stadtv. Brose (Komm.): Die Betriebskommission sei in guten Händen, er danke dem Leiter Clemens, daß er die Stadtverordneten, die freie Fahrt hätten, aus der Bahn geworfen.

Vorsitzender: Nicht der Direktor, sondern er sei verantwortlich. (Brose: desto schlimmer!) Personalien dürften hier vor der Oeffentlichkeit nicht behandelt werden.

Stadtv. Raederscheidt (Zentr.): Man habe kein Recht, sich über die Zusammensetzung der Betriebsdeputation zu beschweren. Diese sei nach Statut zusammengesetzt. Damals sei die kommunistische Fraktion eine kleinere Gruppe gewesen und deshalb habe sie keinen Sitz erhalten. Heute wäre das natürlich anders. Die Frist laufe aber am 1. Juli ab. Seine Fraktion mache schon jetzt darauf aufmerksam, daß sie, ehe das Statut erneuert werde, die Gesamtfrage der Betriebsdeputation prüfen und behandeln wolle.

Vorsitzender: Ein neuer Antrag — eine Partei hinter der andern — sei von der sozialdemokratischen Fraktion eingelaufen, die Restbeträge aus 1923—24 von Gas und Elektrizität niederzuschlagen, das sei eine Summe von 940 00 Mark. Es ginge aber doch nicht an, ihm so die Anträge mit solchen Summen auf den Tisch zu werfen.

Stadtv. Brose (Komm.): Diese Summe könne er sich nicht erklären.

Vorsitzender: Sie restiere aus der Gutmütigkeit der Verwaltung, es ginge nicht an, sie einfach zu streichen.

Stadtv. Raederscheidt (Zentr.): Er müsse sich doch ernstlich dagegen verwahren, den Antrag des Zentrums mit diesem Antrag zu vergleichen. Das sei doch ein gewaltiger Unterschied. Beim Zentrumsantrag handele es sich zunächst mal nur um eine Summe von 4—5000 Mark und dann um Zahlungen, die man von Leuten verlange, die sie doch persönlich gar nicht schuldig seien. Die Schuldner seien doch in diesem Falle mittellose Dritte. Er müsse sich aber gegen den Antrag Rinke erklären, der nicht übersehbar sei.

Stadtv. Flock (Soz.): Ihr Antrag gelte für zur Zeit Erwerbslose, die nicht zahlen könnten. Auch er verstehe die Höhe der Summe nicht.

Vorsitzender: Diese Summe habe sich noch erhöht.

Beig. v. Hansemann: 94 000 Mark sei die Gesamtsumme. Er bitte, beide Punkte der Betriebsdeputation zuzuweisen. Der Antrag des Zentrums sei berechtigt, aber auch noch nicht zu übersehen.

Stadtv. Heurich (Zentr.): Der Weg zur Betriebsdeputation wäre ihm unsympathisch. Er habe kein Vertrauen zur Betriebsdeputation. Dort würde der Antrag wohl begraben. Er müsse verlangen, daß man dem Antrag gerechterweise nachkomme.

Vorsitzender: Er habe mehr Zutrauen zu der Betriebsdeputation.

Stadtv. Rinke (Soz.): Auch ihm komme ein leises Säuseln, wenn er an die Betriebsdeputation denke, weil ein Mann an der Spitze stände, der zu wenig soziales Verständnis habe. Ein Beamter dürfe etwas mehr davon haben. Es seien nur zwei Arbeiter in der Deputation. Die Herren von „höherer Kultur" ständen dem Antrag nicht nahe. Lange sei keine Sitzung gewesen. Die Verwaltung müsse sie zusammenrufen und nach dem Rechten sehen. Auch Herr Clemens wisse, daß etwas spiele.

Vorsitzender: An dem eingegangenen Briefe berühre ihn komisch, daß drei Entlassene erst jetzt, nachdem sie entlassen seien, sich beschwerten. Er habe sich die Sache noch nicht überlegt, sei aber der Meinung, daß Angeschuldigte die Leute belangen sollten.

Stadtv. Brose (Komm.) bedankt sich nochmals, daß Herr Clemens Stadtverordnete hinter Schmalbach aus der Elektrischen gesetzt hat.

Vorsitzender: Den Dank nehme er an, man dürfe aber auch nicht „nachhalten," das Hochwasser habe doch alles weggeschwemmt. (Heiterkeit.)

Stadtv. Raederscheidt (Ztr.): Man müsse doch wohl beide Anträge an die Betriebsdeputation verweisen, da man sonst ja Mittel bereit stellen müsse.

Dem stimmte man dann zu.

Verpachtung eines Teiles der Viehstallungen und städtischer Wiesen als Milchviehwirtschaft.

Vorsitzender: Früher habe Neuß bekanntlich einen Viehmarkt gehabt. Aus sachlichen und persönlichen Gründen sei dieser 1912 eingestellt worden. Im Kalender würde er noch geführt. Die Händler wollten ihn nicht wieder haben. Die Besatzung habe Stallungen und Gebäude teils gebraucht. Jetzt, wo sie abrücke, werde die Frage akut, was zu geschehen habe. Die Frage sei auf seine persönliche Anregung hin erneut behandelt worden. Der Moment sei günstig, die alten Stallungen für eine Milchviehwirtschaft zu benutzen.

Die Stallungen mit Wohnung sollten an einen Landwirt verpachtet werden. Er betone ausdrücklich, daß für eine Stadt von 45 000 Einwohnern eine solche Einrichtung nötig sei, sie sei aber nicht gegen die Landwirtschaft gerichtet und bedeute keine Konkurrenz. Die Milchwirtschaft solle auf die Höhe gebracht werden.

Stadtv. Dr. D'heil (Dem.): Es sei selbstverständlich, daß die Landwirtschaft sich wehre, wenn es gegen sie zu gehen scheine. Letzteres sei nicht der Fall. Im Kampf dagegen seien unlautere Mittel angewendet worden. Gerüchte in der Stadt seien dazu angetan, davon abzuhalten. Für ihn kämen nur ideale Beweggründe in Frage. Alles andere sei Fabel und Verleumdung. Der Oberbürgermeister habe es angeregt und ihn gebeten, es zu ventilieren. Die Stadt sei nicht fähig eine Milchzentrale einzurichten. Jetzt solle ein kleiner Anfang gemacht werden, von gesunden Kühen Vorzugsmilch zu erhalten. Die Tiere würden von Krankheiten heimgesucht wie Tuberkulose und Eutererkrankungen. Die meisten tuberkulosen Kinder würden es davon übernehmen. Der Genuß der Milch biete eine große Gefahr. In der Landwirtschaft sei die Milch nicht überall gut, oft nicht sauber. Rohe, saubere Milch sei besser als gekochte. Man wolle unbedenkliche, rohe, bessere und bekömmlichere Milch schaffen. Das sei ein Ansporn für die Landwirte, es auch so zu machen und liege im Interesse der Landwirtschaft. Ueber 100 Landwirte hätten sich gemeldet, darunter viele kapitalkräftige. Er bitte nicht zu vertagen, sondern zu genehmigen.

Stadtv. Kreutzer (Zentr.): Er müsse sich gegen diese Ausführungen wenden. Jetzt, wo die Aussicht bestände, den Viehmarkt hierhin zu bekommen, sei es der ungünstigste Moment. Viehmarkt und diese Milchwirtschaft zusammen aber vertrügen sich nicht miteinander. Zudem ließe es sich auch nicht durchführen. Es sei Milch zu viel da, auch einwandfreie Milch. Auch der Bauer könne sich unter tierärztliche Kontrolle stellen, dann erreiche man ja dasselbe. Die Stallungen seien zudem ungenügend für den Zweck, es seien keine Milchkuhställe. Auch würden vielen Landwirten dadurch die Wiesen weggenommen, die darauf angewiesen seien. 6000—7000 Liter Milch würden täglich verbraucht und man gewänne nur 200 Liter. Auch dem Landwirten sei trotz seiner Kapitalkräftigkeit schon bei Uebernahme das Todesurteil gesprochen, weil er nicht existieren und nicht bloße Abmelkwirtschaft betreiben könne. Eine Kuh koste 3,70 Mark pro Tag im Winter an Unkosten. Man möge nur einmal Sachverständige von der Bauernschaft oder der landwirtschaftlichen Schule hören, die würden das bestätigen. Der Landwirt gehe mit seinem Vermögen dem Ruin entgegen.

Stadtv. Dr. D'heil (Dem.): Man wolle die Milch verbessern. Köln mache den Viehmarkt auf. Neuß würde es nicht gelingen. Früher habe man beim Viehmarkt nichts verdient und nur Zuschüsse geleistet. Die Stadt müsse dabei 30 000 Mark auf den Tisch legen. Rentabilität sei Sache des Pächters und nicht der Stadt. In andern Städten würden 30 Prozent Milch in Flaschen geliefert, in Neuß nichts. Jedes Glas Bier kostete mehr. Der Landwirt wolle sich nicht unter Kontrolle stellen. Er verspreche sich Nutzen für die Stadt.

Stadtv. Brose (Komm.): Er verstehe nicht, daß man gegen die sanitäre Maßnahme sei. Der Landwirt wolle sich nicht kontrollieren lassen. (Raederscheidt: Sie auch nicht!) Bei weiteren Auslassungen gab es Lachsalven, insbesondere, als Brose sich dabei noch erregte, daß der „Stadtverordnete mit dem Feldwebelsschnurrbart" lachte.

Stadtv. Steinhauer (Zentr.): Herr Brose wolle doch immer die Rechte des notleidenden Arbeiterstandes vertreten. Die profitierten aber nichts davon, weil sie die Milch nicht bezahlen könnten. Die Milchwirtschaft müsse ohne Verteuerung gehoben und für bessere Düngung der Wiesen gesorgt werden.

Stadtv. Raederscheidt (Zentr.): Es scheine ihm, daß der Antrag jetzt auf eine Bahn geschoben werde, die der Sache nicht dienlich sei. Wenn man allerseits lache (Stadtv. Brose macht Zwischenrufe), so liege das eben daran, weil derartige Redensarten die Veranlassung dazu gäben, wie Herr Brose sie halte. Er habe scheinbar heute seinen guten Tag. Hier handele es sich gar nicht um die Frage, ob für oder gegen die Säuglinge. Durch solche Redensarten lasse man sich nicht aus der Ruhe bringen und etwa ängstlich machen. Die Praxis ergebe doch, daß die Frauen die Milch abkochten. Vorläufig bestände das allgemeine Vorurteil bei den Frauen gegen die ungekochte Milch. Der springende Punkt sei doch, ob eine Milchzentrale eingerichtet werden solle oder nicht. Dazu sei der Moment jetzt äußerst ungünstig. Und wenn Herr Kreutzer gesagt habe, daß der Landwirt nicht bestehen könne, so in erster Linie auch in der Befürchtung, daß dann doch die Stadt den ganzen dann abgewirtschafteten Betrieb übernehmen müsse.

Woher dann das Geld? Und das sollte man in einem Moment beschließen, wo uns Geld für alles fehlte. Er gehe nicht so weit, es abzulehnen, sondern bitte es zu vertagen, bis man eine Uebersicht habe. Alles andere aber gehe an der Sache vorbei.

Stadtv. Dr. D'heil (D.): Eine städtische Milchzentrale käme nicht in Frage. (Vors. Richtig.) Man solle also alles laufen lassen. Man wolle aber doch eine Musterwirtschaft einrichten. (Raederscheidt: Und wenn keiner mitmacht?) Die Milchmenge hänge von der Zahl der Kühe ab. Die Landwirte sollten ihrerseits etwas Aehnliches machen. (Kreuels: Was kostet die Milch in Düsseldorf?) Da ist sie teurer. (Aha!) (Raederscheidt: Dann nimmt sie keiner.) Das muß die Aufklärung schaffen.

Stadtv. Brose (K.) wiederholt schon vorgebrachte „Heiterkeiten".

Stadtv. Kreutzer (Z.): Man führe Städte der Nachbarschaft an. Neuß habe eine so günstige Lage, daß die Milch, die morgens produziert werde, mittags schon im Konsum sei. Von einem Schmierfink würde auch so keiner Milch nehmen. Einwandfreie Milch sei genug da. Die Stadt habe doch so schon 6—7 Pächter.

Stadtv. Henrich (Z.): Wenn der Zuchtviehmarkt nicht aussichtslos sei, prüfe man doch besser beide Fragen zusammen.

Vorsitzender: Man wolle Beides machen. Die Bemühungen gingen seit Monaten. Die Landwirte seien für den Viehmarkt, die Händler dagegen.

Stadtv. Rinke (S.): Er bitte nicht zu vertagen, die Einwände seien nicht stichhaltig, vorläufig entständen ja keine Kosten.

Stadtv. Arenbrust (K.): Man solle die Milch erwerbslosen Kindern kostenlos zur Verfügung stellen.

Stadtv. Dr. D'heil (D.): Der Viehmarkt koste 80 000 Mark, vielleicht über 100 000, ehe er fertig sei, dazu bleibe er Zuschußgebiet. (Raederscheidt: Er bringt aber großen indirekten Nutzen.) Ein kleiner Betrieb solle auf 8 Jahre verpachtet und nicht vergrößert werden. Der Kinderarzt könne schon mal Flaschenmilch verschreiben.

Vorsitzender: Die Errichtung eines Viehmarktes sei noch nicht spruchreif. Es sei ein Zuschußbetrieb. Der indirekte Nutzen sei natürlich viel größer. Er koste aber eine Menge Geld. 15 Wohnungen müßten geräumt und die Leute untergebracht werden. Das letzte Wort sei noch nicht gefallen. Die dafür agitierten, möchten aber auch das Geld mitbringen.

Stadtv. Martin (Z.) beantragt Schluß der Debatte.

Mit den Stimmen des Zentrums und der D. V. P. wurde die Vorlage vertagt.

Um die Friedensmiete.

Dresden, 11. Jan. Der Bundesausschuß der deutschen Mietervereine nahm in einer von Vertretern der Mieterschaft aller deutschen Länder beschickten Sitzung eine Entschließung an, in der gefordert wird, daß der Termin zur Erreichung der vollen Friedensmiete auf vorläufig mindestens ein Jahr verschoben werde.

Weiter wird gegen die von der Regierung vorgeschlagene Verschlechterung der bestehenden Mieterschutzbestimmungen Widerspruch erhoben und zur Beruhigung der Erwerbslosen und wirtschaftlich schwächeren Mieter gefordert, daß die Regierungsämter zur sofortigen Niederschlagung der Mietzinssteuer im Einzelfalle ermächtigt werden. Bisher erkennen nämlich die Gerichte Befreiung von der Zahlungspflicht des Mieters erst nach dem Erlaß der Mietzinssteuer an den Hausbesitzer an.

Das Preisabbaugesetz.

Berlin, 12. Jan. Der Entwurf eines Gesetzes über die Förderung des Preisabbaues schreitet vor. Nach dem Artikel 2 muß bei Vergebungen im Wege der Ausschreibung angegeben werden, ob die Preise mit einem Dritten verabredet wurden. Sonst ist Rücktritt des Ausschreibenden bezw. Herabsetzung möglich. Wer wissentlich unrichtige Aussagen macht, erhält Gefängnis bis zu einem Jahr. Die gleiche Strafe droht dem, welcher andere beeinflußt.

Artikel 3 wendet die Kartellverordnung nicht an; gesetzlich gebildete Organe (Kohlen-, Kalisyndikat), Zwangssyndikate und Zwangsinnungen stehen den freien Kartellen und Syndikaten gleich.

Artikel 4 gibt den Reichs- und Landesbehörden das Recht, den Innungen die Preisfestsetzungen oder Preisempfehlungen zu verbieten. Die Landesbehörden können nach den örtlichen Verhältnissen die Verabfolgung von Brot nach bestimmtem Gewicht anordnen. Eine Einstempelung des Gewichts ins Brot wird bestimmt.

Die Pensionsversicherung der Redakteure.

Berlin, 11. Jan. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse teilt mit: Am 9. Januar kam nach längeren Verhandlungen zwischen den Verlegern und Redakteuren der Deutschen Presse ein Vertragswerk zustande, das nach dem Wunsche und den Erwartungen beider vertragschließenden Teile von großer vorbildlicher Bedeutung für das öffentliche Leben Deutschlands sein wird.

Es handelt sich um die von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse abgeschlossenen Verträge, die die geistige Arbeit und das gemeinsame Zusammenwirken der Redakteure und Verleger im Zeitungsgewerbe sichern und im Rahmen des Möglichen die Redakteure und ihre Hinterbliebenen von Sorgen um die Folgen von Invalidität, Alter und Todesfall entlasten sollen. Die Verleger und Redakteure legen besonderen Wert darauf, daß diese Verträge in völlig freier Vereinbarung zustandekamen und geben sich im übrigen der Hoffnung hin, daß sie die Grundlage für ein festes und dauerndes Vertrauensverhältnis zwischen Verlegern und Redakteuren sein werden zum Segen für die Presse und ihre Arbeit im Dienste der Allgemeinheit.

Das Vertragswerk besteht aus einem Rahmenvertrag, einem Normaldienstvertrag und einem Komplex von Verträgen, die die Alters- und Hinterbliebenen - Versorgung der Redakteure regeln und ist unterzeichnet von dem Vorstand und den führenden Mitgliedern des Reichsverbandes der Deutschen Presse und des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der Deutschen Tageszeitung) und des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Zeitungsgewerbe e. V., Paul Bäcker, Georg Bernhard, Dr. Krumbhaar, D. W. Simon, W. Ackermann, Dr. Martin Carbe, Dr. Dovifat, Carl Esser, C. Freund, Heinrich Goeres, A. Kemper, Dr. Knittel Scheuer, G. Stoffers, Dr. Sydow, Toennies, Prof. Wolff, J. Karl und V. Zweck. Der Vertrag tritt am 25. Januar in Kraft.

Die Aenderung der Geschäftsaufsicht.

Die Erfahrunngen welche man im Laufe der Zeit mit der sogenannten „Geschäftsaufsicht" gemacht hat, drängen nachgerade zu einer gründlichen Aenderung der Verhältnisse. Die Reichsregierung hat in Erkenntnis der Notwendigkeit der Reform ja schon vor einiger Zeit einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Ersetzung der Geschäftsaufsicht durch den Zwangsvergleich bezweckt.

Diese Dinge drängen nun nach einer raschen und zweckentsprechenden Lösung, die nicht nur im Interesse des inländischen, sondern vor allen Dingen des Kredites Deutschlands im Auslande unabweisbaru geworden ist. Es muß nämlich darauf hingewiesen werden, daß die Höhe der Zins- und Provisionssätze, die wir augenblicklich für die ausländischen Kredite bezahlen müssen, und die unsere Wirtschaft so ungeheuer schwer belasten, in der Hauptsache als Risikoprämie für das mangelnde Zutrauen an die Erfüllung der deutschen Zahlungsversprechen anzusehen sind. Man kann es immer wieder von ausländischen Finanzkreisen hören, daß, solange der Schuldner und vielfach selbst der böswillige Schuldner förmlich durch das Gesetz in Gestalt der Geschäftsaufsicht geschützt ist und demgegenüber der gesetzliche Gläubigerschutz versagt, eine Herabminderung der Zinssätze kaum zu erwarten ist.

Nicht nur dieser, allerdings sehr gewichtigte Grund, sondern auch die Notwendigkeit, unser ganzes Geschäftsleben wieder auf eine gesunde, solide und vertrauenswürdige Grundlage zu stellen, und damit auch die Kreditwürdigkeit Deutschlands nach außen und nach innen einwandfrei herzustellen, nötigen zu einer raschen Tat.

Dies und Das.

Mit Silberkreuz und Ordensschwert zu Schiff nach Palästina.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt: In der ersten Märzhälfte wird durch das Mittelmeer ein Dampfer mit merkwürdig kostümierten Passagieren fahren. Die Passagiere, hundert an Zahl, sind Mitglieder einer jerusalemitischen Ordensgemeinde. Sie sind aber in England ansässig und haben nun das Bedürfnis, in das gelobte Land zu wallfahren. Sie wollen unter Benutzung modernen Komforts den Glanz eines mittelalterlichen Kreuzzuges wieder aufleben lassen und haben den britischen Passagierdampfer „Asia" für ihre Zwecke gechartert. Er wird am 7. März die Mittelmeerreise antreten, und am Heck wird die Ordensfahne der „Ritter vom heiligen Johannes" wehen. Die neuzeitlichen Kreuzritter erwarten, daß man ihnen an den für ihren Orden historischen Stätten einen weihevollen Empfang bereiten wird. Weil angemessene Zeremonien bevorstehen, werden die mit Dampf reisenden Pilger Mäntel und Abzeichen des Ordens tragen. Sie werden auch das Silberkreuz, das fast fünfhundert Jahre im Gebrauch ist, sowie das geweihte Ordensschwert mitnehmen. Die Standarte des Ordens zeigt das rechtwinklige weiße Kreuz auf rotem Grunde, wie es auch auf den Nationalflaggen Dänemarks, Italiens und der Schweiz vorhanden ist. Ein Marinebefehl aus dem siebzehnten Jahrhundert verlangt, daß sämtliche Schiffe die Ordensflagge zu grüßen haben, und da dieser Befehl niemals aufgehoben wurde, rechnen die Ordensritter des zwanzigsten Jahrhunderts bestimmt damit, daß man den Befehl auch heute noch befolgen wird. Wie aber die moderne Kriegs- und Handelsmarine darüber denkt, ist im Augenblick noch nicht bekannt.

Tatsache ist, daß der Orden St. Johannes der älteste und angeblich der einzige ist, der wahrhaft von den Kreuzrittern des Mittelalters gegründet wurde. Er stammt aus dem Jahre 1048. Auf der Insel Rhodos stehen noch zahlreiche und gut erhaltene Bauten, die von diesen Rittern stammen und dort errichtet worden sind, nachdem sie aus Jerusalem vertrieben worden waren. Im sechzehnten Jahrhundert siedelten sie sich in Malta an und bauten das erste gepanzerte Kriegsschiff. Sie schützten das Mittelmeer gegen Piraten. Die englische Abteilung nun, die die Traditionen dieses Ordens hochhält, macht sich namentlich durch hervorragende Krankenpflege nützlich, und sie verfügt über nahezu eine Million Anerkennungen für sanitäre Hilfe.

Wozu soll man Hochhäuser bauen?

Der Preußische Städtetag hat beschlossen, zum Bau von Hochhäusern den Städten die vom Stadtbaurat Wolf-Dresden aufgestellten Richtlinien zu empfehlen. Hoch- und Turmhäuser kommen in Deutschland im allgemeinen nur für größere Städte in Frage und auch da nur an wenigen in städtebaulicher Hinsicht sorgfältig auszuwählenden Punkten. Historische künstlerische Werte dürfen dabei nicht geschädigt werden. Für das Hochhaus ist eine solche Lage zu wählen, daß die Belichtungsverhältnisse der Wohn- und Arbeitsräume der Umgebung nicht beeinträchtigt werden. Die Verwendung der Hochhäuser für Wohnzwecke sowie für Theater und Versammlungsräume ist im allgemeinen nicht zu empfehlen. Dagegen erscheint unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen eine Verwendung für Hotelzwecke möglich. Auch die Verwendung zu Geschäftsräumen, in denen keine Lagerung von Waren stattfindet, ist unbedenklich; mit Lagerräumen nur dann, wenn die Höhe des Hochhauses wesentlich beschränkt wird. Fabriken und Werkstätten sollen nur in Ausnahmefällen und auch dann nur in mäßig hohen Hochhäusern untergebracht werden.